

— Fünftehnter Jahrgang. —

Nr. 31.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

31. Woche für die Zeit vom 27. Juli bis 2. August 1906.

Posen, den 7. August 1906.

In der

Bericht

über den Verlauf der am 29. Juli d. Js. im Gieremef'schen Saale zu Samter abgehaltenen öffentlichen Sokolversammlung.

Zu der Versammlung hatten sich ungefähr 220 Personen aus Samter und Umgegend eingefunden.

Von der Intelligenz waren anwesend:

Rittergutsbesitzer Graf Mycielski-Galowo,

Reichstagsabgeordneter Graf Mielski-Röbnitz,

Rittergutsbesitzer v. Roscielski-Smilowo,

v. Mylinski-Penskowo,

Praktischer Arzt Dr. Michalski-Posen,

Handelschullehrer Preiß-Posen.

Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Sokolvereins zu Samter **Gyufa** um 3¹/₄ Uhr nachmittags mit folgender Ansprache eröffnet:

Der Sokolverein zu Samter sei einer der ältesten Sokolvereine der Provinz. Seit dem Jahre 1895 sei er aber in seiner Entwicklung zurückgegangen, woran nicht zum geringsten Teile die Maßnahmen der Behörden schuld gewesen seien. Im letzten Jahre habe die Mitgliederzahl aber wieder zugenommen und sei auf 90 gestiegen. Während sich die jüngeren Mitglieder eifrig an der Vereinstätigkeit beteiligten, verzichteten sich die älteren Mitglieder dem Verein gegenüber kühl. Wenn auch die Zeiten des Schauturnens und der öffentlichen Umzüge aufgehört hätten, so würden die Sokols um so eifriger für den Sokol arbeiten. 90 Mitglieder seien für Samter und Umgegend zu wenig. Wenn in Betracht gezogen würde, daß der Sokol auch andere Pflichten zu erfüllen habe, als Leibesübungen zu treiben, so müßten sich alle unter die Fahne des grauen Vogels scharen, und der Verein müßte nicht 90 sondern 200 Mitglieder zählen.

Alsdann wurde **Graf Mycielski-Galowo** zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt, **Bureauvorsteher Jay-Samter** zum Schriftführer, und **Ackerbürger Biskorski-Samter**, **Fischler Madalinski-Samter**, **Sattlermeister Witkowski-Samter**, **Odalinski (?)**, **Borowiez** sowie **Ackerbürger Raczmarek-Samter** als Bau zu Beisitzern berufen.

Graf Mycielski dankte für die Wahl zum Vorsitzenden und erteilte als erstem Redner dem praktischen Arzt **Dr. Michalski-Posen** das Wort.

Dieser hielt einen einstündigen Vortrag über den Körperbau und über die Einwirkungen der Leibesübungen auf den menschlichen Körper.

Den Wert der Freiübungen betonend, führte Redner aus:

Freiübungen können Sie überall abhalten. Fast in jeder Stadt, in jedem Dorfe findet sich eine abgemähte Wiese, wo sich Freiübungen abhalten lassen. Das ist nicht verboten, man kann soviel Freiübungen abhalten wie man will. Mit dem was ich gesagt habe, möchte ich Sie zu fleißigen Leibesübungen anregen, möchte ich Sie begreifen lehren, daß Sie durch die Leibesübungen **kräftige und gesunde Söhne des Vaterlandes werden**. Sie werden dadurch beitragen zur Gesundheit Ihrer Stadt und werden sich um die Stadt ein großes Verdienst erwerben.

Dieser mit Beifall aufgenommenen Rede folgte eine Rede des Reichstagsabgeordneten **Grafen Mielski-Röbnitz**, der in etwa halbstündiger Rede folgendes ausführte:

Möge es mir heute erlaubt sein, einige Worte über die Bedeutung des Sokoltums auf den politischen Gebiete zu sprechen. Jeder von Ihnen kennt wohl den Schluß des Sokolmarsches, der ausklingt in den Worten „Brüder Sokols, stärket den Sokol.“ Wenn man das hört, so wundert man sich, daß man den Sokol stärken soll, wer aber die Idee des polnischen und slawischen Sokols kennt, der wird sich darüber nicht wundern, denn durch Betätigung der Lösung „In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist,“ gehen wir unserem armen Vaterlande Kräfte.

Das Sokoltum hat weitere Ziele als nur Leibesübungen zu treiben und Spiele zu veranstalten. Gewiß, zu Anfang hat sich der Sokol auf Leibesübungen beschränken müssen, weil er Politik nicht treiben wollte. Indes ist es aber anders geworden. Unter dem Drucke der Verhältnisse ist der Sokol in die Politik hineingestoßen worden, denn bei uns treibt jeder Politik, ob er will oder nicht. Sehen wir uns unsere Bedrücker an. Jeder Deutsche faßt als seine Lebensaufgabe die Bekämpfung des Polentums auf. Von allen Seiten hat er Hilfe, sowohl von der Regierung als auch von seinen Brüdern. Eine ungeheure Macht steht ihnen zur Verfügung, sodaß sie uns ganz erdrücken würden, wenn wir uns nicht verteidigten. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Polen sich an dem Kampfe ums Vaterland zu beteiligen. Wir müssen unsere Rechte und alles was uns heilig ist, verteidigen.

Angeichts dessen, daß der Sokol auf jedem Schritte verfolgt wird, daß er auf jedem Schritte auf Schwierigkeiten stößt, mußten die Sokols erklären, daß, wenn ihr uns als politischen Verein ansehet, wenn wir den Beschränkungen der politischen Vereine unterliegen, dann wollen wir auch alle Rechte der politischen Vereine haben und aktive Politik treiben, d. h. uns mit der nationalen Verteidigung befassen, uns die Hände reichen, um unser armes Vaterland aufzurichten.

Wir haben uns ein politisches Programm aufgestellt, ein nationaldemokratisches und volksparteiliches Programm. Wir wollen im nationalen Kampfe alle Standesunterschiede beseitigen und alle Schichten zur Verteidigung erwecken. Das ist eine ehrenvolle Aufgabe des Sokols. Dann hat er die Aufgabe, die Brüder über die Lösung „In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist“ zu belehren und polnischen Lese- und Schreibunterricht zu erteilen. Und namentlich hinsichtlich des letzteren werden in gesetzwidriger Weise Schwierigkeiten gemacht. Es gibt kein Gesetz, das verbietet, Erwachsenen irgendeine Sprache, sei es nun die polnische oder eine andere zu lehren. Wenn die Polizeiverwaltung in der Erklärung, die ich hier in Händen habe, sagt, daß Sie (die Sokols) polnischen Unterricht nicht erteilen dürfen und Sie deshalb aufgelöst hat, so hat sie gesetzwidrig gehandelt und Sie können sich darüber beschweren.

Der größte Feind der Polen ist Gleichgültigkeit und Angst vor den Behörden — nicht der Gehorsam, den jedermann den Behörden schuldig ist, denn niemand wird zum Ungehorsam gegen die Behörden auffordern, aber jeder muß seine Rechte kennen und sie sich nicht kürzen lassen. Und deshalb beschweren Sie sich in Sachen des Verbots des polnischen Schreib- und Leseunterrichts und fordern Sie Ihre Rechte.

Der Idee gegenüber, die bei den Slawen schon seit Jahrhunderten geehrt wird, darf heute niemand gleichgültig sein. Es ist einer unserer größten Fehler, den wir immer in der Politik gemacht haben, daß, wenn wir irgendeiner Idee folgten, wir eine andere wichtige nationale Aufgabe vergessen haben. Es ist der Mangel an demokratischem Volksgefühl.

Was ist die Sokolidee? Vor allem der Wahrspruch „In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist.“ Darüber hat schon der Herr Vorredner ausführlich gesprochen. Ich möchte über andere Tugenden des Sokols sprechen, d. i. Disziplin, Gehorsam, Kameradschaft und Freundschaft. Wenn irgend jemandem auf der Welt Disziplin erforderlich ist, so ist sie uns Polen erforderlich. Wir sind an Mangel von Disziplin und Gehorsam zugrunde gegangen. Beim Sokol ist strenge Disziplin eingeführt, und deshalb müssen alle, die dem Sokol angehören, gehorchen. Die Berliner Sokols haben mit ihrer Disziplin beinahe Wunder erregt, sie leisten darin fast mehr, wie jeder deutsche Turnverein.

Wer die Geschichte verfolgt, der sieht, daß heute große Dinge passieren. Was geschieht z. B. in dem großen Rußland? Dieser Koloss, der solange gefesselt war und der sich Nation nennt, hat seine Ketten allmählich zerrissen. Aber da er nur an Gefargenschaft, an Schmerz und Stöhnen gewöhnt war, wußt er nicht was er machen sollte. Deshalb hat er in raubmörderischer Weise Rache geübt. Und warum? Weil niemand da war, der ihm sagte, was er tun sollte. An solchen Leuten fehlte es immer. Und solche Leute sollen die Sokols sein. **Wenn ein blutiger Augenblick kommt und ein solcher kann kommen, dann sollen sie dem Volke sagen, nein, nicht in Blutvergießen, nicht in Mordbrennerei sollt ihr euer Heil suchen; damit erreicht ihr nichts!**

Das ist eine große Aufgabe der Sokols.

Die zweite Aufgabe der Sokols ist folgende:

So wie der hoch in den Lüften schwebende Sokol (Falke) dreist in die Sonne blickt, ebenso muß sich die Idee des Sokolismus im alltäglichen Leben erheben. Fort mit der kleinen Politik, fort mit der Polemik in den kleinen Blättern, fort mit allen Kompromissen. Wenn man hört, wieviel Leute politische Reden halten und nur davon leben, dann stehen einem die Haare zu Berge. Es gibt für uns nur eine Lösung: der Bruder soll dem Bruder die Hand reichen; es gibt für uns keine andere Lösung, als Gott und dem **Waterlande** dienen. Pflicht eines jeden Sokols ist es, tätigen Anteil zu nehmen in nationalen Angelegenheiten, Pflicht eines jeden Sokols ist es, überall dort zu sein, wohin die Nation ihn ruft. Deshalb haben diejenigen, die aus dem Sokolverein ausgetreten sind, häßlich gehandelt, deshalb handeln diejenigen, die dem Sokolverein beitreten können und es nicht tun, ebenfalls häßlich. Denn wo haben wir heute Gelegenheit, uns in brüderlicher Weise zu besprechen. Diese Gelegenheit wird uns auf jedem Schritte genommen. Wenn wir irgendwo ein Vergnügen abhalten wollen, dann werden uns politische Ziele vorgeworfen. Die Vereine, in denen sich unsere Brüder zusammenschließen können, müssen für uns heilig sein und jedermann mußte ihnen angehören. Ist die Saumseligkeit im Besuch der Turnübungen und Vereinsversammlungen angesichts des gegen uns geführten rasenden Kampfes von seiten unserer Feinde nicht eine große Feigheit? Muß nicht jeder sagen, daß derjenige, der nicht mit uns zusammengeht, der sich nicht zusammen mit den Brüdern verteidigt, ein Feigling, ein Elender ist. Deshalb sage ich: fort mit der Saumseligkeit. Vor wem sollen wir uns denn fürchten, wenn wir unsere Pflichten erfüllen, nur vor Gott! (Bravo!)

Deshalb bitte ich Sie von ganzem Herzen, daß jeder, der nur irgend kann, dem Sokolverein beitreten möge.

Möge auch in Samter eine große Kameradschaft (Sokols) zum Lobe des Volkes, zur Freude Gottes und des **Waterlandes** bestehen. Ezolem! (Sokolgruß.) (Beifall.)

Vorsitzender: Der beste Beifall wird sein, wenn alle diejenigen, die dem Sokolverein noch nicht angehört, diesem beitreten.

Unter dem Punkte „Verschiedenes“ forderte **Madalinski** Samter die Intelligenz auf, sich mit dem Volke mehr zu verbinden zur gemeinsamen Verteidigung.

Kirchendiener **Bialasif** Samter forderte zu größerer Einigkeit und Eintracht auf. Wenn sie (die Polen) — führte Redner aus — der Sokolidee folgten, dann würden sie dorthin gelangen, wohin sie gelangen mußten. Die größte Kraft besäße die Aufklärung. Wenn die Polen geistig so hoch ständen, wie sie stehen müßten, dann würde es nicht vorkommen, daß ein Pole einem anderen, dem von der Polizei unter Strafandrohung verboten wurde, die Sokolfahne gelegentlich einer Prozession zu tragen, zurief: „Das ist ganz recht, warum gehört er dem Sokolverein an!“

Möge man sich das Königreich Polen ansehen. Sobald sich die Verhältnisse dort etwas gebessert hätten, sei man zur Gründung von Sokolvereinen geschritten.

Alle, ob Adlige, Handwerker oder Arbeiter, müßten dem Sokolverein beitreten, dann würden die Polen immer stärker werden und nicht untergehen. Ob alt oder jung, mögen alle dem Sokolverein beitreten, dann werde für die Polen eine bessere Zukunft erstehen.

Nach einer Pause von 10 Minuten, in der Anmeldungen zum Sokolverein entgegengenommen wurden, ergriff der **Vorsitzende** noch zu nachstehenden Ausführungen das Wort:

Ich kann Ihnen mitteilen, daß 30 Personen ihre Aufnahme in den Sokolverein beantragt haben, was der beste Beweis dafür ist, daß wir es noch auf 200 Mitglieder bringen werden, wie es der erste Redner zum Ausdruck gebracht hat.

Nehmen Sie von der heutigen Versammlung auch den Vorteil mit, daß sie nicht nur hier Beifall geklappt haben, sondern, daß sie das alles auch zu Hause betätigen.

Was ist das Resultat der heutigen Versammlung? Denken Sie immer daran, daß wir nur dann stark sind, wenn wir Schulter an Schulter stehen, und daß es uns nur dann besser gehen wird, wenn die Lampe der nationalen Aufklärung immer brennen wird.

Schluß der Versammlung um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags.

Nach Schluß der Versammlung wurden vor dem Saale einige Hundert Exemplare der in Posen erscheinenden Wochenschrift *Praca* verteilt.

Wietusch,

Königlicher Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 172 des *Dziennik Poznański* (Posen)
vom 31. Juli 1906:

Breslau.

Das Disziplinarverfahren gegen den Grafen Rospot wegen Verkaufs der Offener Güter in polnische Hände ist noch nicht abgeschlossen.

In der vorigen Woche wurde Herr Biedermann als Käufer der Güter drei Tage lang vernommen, sowie Graf Rospot als Verkäufer und Herr Szoldrski als Vermittler in dieser Sache. Im Laufe der Verhandlungen wurde eidlich festgestellt, daß durch seitens der Landbank vorgeschobene Personen Herrn Biedermann 100 000 Mk. und von seiten des Domänenfiskus 200 000 Mk. für das Abtreten der Offener Güter angeboten worden sind. Beide Offerten schlug jedoch Herr Biedermann aus und er verkaufte die Güter Herrn v. Manfowski aus Winnagora bei Miloslaw.

Aus Nr. 168 des *Orędownik* (Posen)
vom 26. Juli 1906:

Die christlichen Grundsätze sind Realpolitik.

Von Herrn Dr. T. von Jackowski aus Wronczyn erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Die Erntezeit läßt dem Landwirt keine freie Zeit zu Beschäftigungen außerhalb der Wirtschaft übrig. Deshalb verspätet sich wieder meine Antwort auf den Artikel des Herrn Peter Bieda. Ich war gezwungen, das Antwortschreiben bis auf Sonntag zu verlegen, aber die Antwort unterlassen kann ich nicht, und sei es auch nur des Titels wegen, welchen die geehrte Redaktion jenem Artikel gab. Wir lesen dort, die christlichen Grundsätze und die Realpolitik. Dieses „und“ sieht so aus als wenn es die christlichen Grundsätze der Realpolitik gegenüberstellte, — während das Verhältnis zwischen ihnen im Grunde ein solches ist, wie ich dies am Kopfe vorliegender Antwort aufgeschrieben habe: die wahre Realpolitik liegt eigentlich in den christlichen Grundsätzen. Sie bilden das klügste System der Gestaltung der Verhältnisse unter den Menschen; sie sind die Grundlage des Friedens und der Freiheit und was dem folgt, die Bedingung aller

Entwicklung einzelnen Individuen. Die christlichen Grundsätze sind eben der wirksamste Hebel zur Unterstützung und zur Verbreitung des menschlichen Lebens und zur Sicherung der Herrschaft des Menschen über die Natur.

Ich werde vielleicht noch die Zeit finden, um später im *Drendownik* diesen Gedanken näher zu erörtern, heute will ich nur als unumstößliche Tatsache anführen, daß die Realpolitik sich nicht auf, von einzelnen Individuen — und seien es nicht die Klügsten, — erkonnene Mittel stützen kann, sondern sie muß als Grundlage dasjenige System haben, welches sich im Laufe von 2000 Jahren als am meisten lebengebend erwiesen hat, d. h. auf das Christentum. Ich berufe mich hier nicht auf das in ihm enthaltene Wunderbare, ich behaupte nicht, daß Gott ein Wunder für diejenigen tun wird, die zu tätigen und wirklichen Bekennern des Christentums werden, sondern ich behaupte: die größte Vernunft ist das Christentum. Dies wollte Krasinski sagen, als er sagte: „Niemand baut ein Gebäude aus Kot auf — Und die größte Vernunft — ist die Tugend,“ und er hatte Recht.

Ich stimme mit dem geehrten Herrn Bieda nicht überein (was mich nicht hindert ihn hoch zu schätzen), daß es nicht viel nützen wird, wenn allein wir Polen die christliche Idee in die Politik einführen würden.

„Die Idee an sich, ist nur eine Idee“ — schreibt Herr Bieda. „Damit aber die Idee eine praktische Bedeutung annehme, muß irgendeine materielle Macht von ihr durchdrungen werden.“

Die Geschichte belehrt uns eines anderen: das Christentum besiegte die Welt, obgleich die materielle Macht gegen dasselbe war und sogar noch heute ist. Alle demokratischen Ideen, welche die heidnischen Unterschiede zwischen den Menschen beseitigen, sind von keinen Machthabern ausgegangen, sondern von Niedrigen und Bedrückten. Wird denn die Wahrheit nur durch die materielle Macht verkündigt? Geschieht nicht gerade das Gegenteil?

Deshalb können die Polen mit gutem Erfolge Apostel der christlichen Politik sein, ebenso wie sie deren, wenngleich auch meistens unbewusste Vollstrecker sind.

„Wir können diese Sache in der Theorie verkündigen, in der Praxis aber müssen wir mit einer solchen Waffe kämpfen, wie der Gegner“ — schreibt Herr Bieda.

Bitte um Entschuldigung, aber die Beobachtung unseres Kampfes mit der Regierung, lehrt uns gerade das Gegenteil: Wir kämpfen gar nicht mit der Waffe, mit welcher der Gegner kämpft und siegen doch: Er kämpft mit der materiellen Macht, mit Millionen von Soldaten und Mark, mit der dem Grundsatz „Gewalt vor Recht“ gehorsamen Gesetzgebung, und wir besitzen nicht einmal eine David-Schleuder und kein Steinchen; wir kämpfen einzig mit der Waffe der Idee. Unsere Waffe das ist die Idee, d. h. die Anhänglichkeit an die Heimat, die Sprache, die polnische Kultur; diese Liebe weckt den Selbsterhaltungstrieb (wie jede Liebe) und wenn wir uns von diesem Instinkt leiten lassen, werden wir Mittel und Wege zur Erhaltung des nationalen Lebens selbst unter den schwierigsten Bedingungen finden. Wir kämpfen eben mit einer ganz anderen Waffe als unserer Gegner und darin liegt unsere Macht. Wir unterlagen, als wir mit seiner Waffe (in den Jahren 30 und 63) kämpften. Heute machen wir gerade das Gegenteil; wir ziehen gegen die Kanonen mit unserem Kreuze und die Kanonen haben nicht den Mut auf uns zu schießen! Der materiellen staatlichen Macht stellen wir die ruhige Macht des sich entwickelnden Lebens gegenüber; diese junge Eiche, welche auf den Felsen wächst, welche den brausenden Stürmen ausgesetzt ist und unser Leben bekämpft. Da aber das Christentum ein unaufhörlicher

Verteidiger alles dessen ist, was des Lebens wert ist, so befestigen wir dadurch, daß wir uns mit seinen Grundsätzen eng solidarisieren, um so mehr die Bedingungen unseres teilweisen Sieges, und rücken dem vollständigen Siege näher.

Aber „einzelne Menschen sind noch sehr elende Christen, geschweigen denn ganze Massen dieser Menschen oder Staaten,“ schreibt Herr Bieda und zieht den Schluß hieraus, daß das Reich Gottes d. h. der Sieg der Gerechtigkeit noch sehr weit sei. Ich aber bleibe ungeachtet dessen bei meiner Überzeugung, daß sich die Politik christlich zu gestalten beginnt. Ich verstehe dies in der Weise, daß unter den Völkern immer weniger Haß herrscht und unter den Klassen immer weniger Bedrückung. Bei den zivilisierten Völkern macht sich der Widerwille gegen blutige kriegerische Auseinandersetzungen immer bemerkbarer. In letzter Zeit tauschen bisher feindliche Völker, wie Frankreich und Deutschland, durch ihre Volksvertreter Versicherungen brüderlicher Gefühle aus. Die Regierungen oder Staaten denken an Krieg, die Völker nicht. Die interparlamentarischen Zusammenkünfte sind auch ein Zeichen der Zeit. Indem ich bei meinem Beispiele aus dem letzten Artikel von der Einigung Deutschlands und Italiens bleibe, will ich nur als unwiderlegte Tatsache anführen, daß diese Einigung unter den einzelnen diesen Vereinigungen angehörenden Völkern den Krieg beseitigt hat: Der Sachse kämpft nicht mit Preußen und Mailand nicht mit Neapel.

Herr Bieda hat Recht, daß man diese Einigung nicht zu christlichen Zwecken herbeigeführt hat. Gewiß, aber trotzdem haben hier die christlichen Grundsätze gesiegt, sie sind in Erfüllung gegangen. Das ist eine sehr oft vorkommende Erscheinung. Da aber diese Grundsätze alles das in sich enthalten, was zur Beglückung der Völker nötig ist, so betreten oft die Völker beim Streben nach dem Glücke den vom Christentum vorgezeichneten Weg, obgleich sie bis über die Ohren im Heidentum stecken und in ihrer Blindheit sich die Köpfe nach rechts und nach links zerschlagen; anstatt mit einem mal die gefahrlosen christlichen Wege zu betreten.

Nehmen wir als weiteres Beispiel die deutsche soziale Gesetzgebung. Sie sorgt für Invaliden und arme Greise mit Hilfe einer zwangsweisen Beteiligung der Arbeitgeber, also reicherer Leute. Hier geht ein christliches Gebot in Erfüllung. Es erfüllt sich nicht freiwillig, sondern unter dem Drucke den die Sozialisten ausübten. Die französische Revolution hat, obgleich sie Gott verleugnete, doch den Weg der christlichen Gleichheit vor dem Gesetz geebnet. Ähnliche Beispiele sind uns schwer aufzufinden.

Im XVII. Jahrhundert träumte Johann Vigo von der Gründung eines historiosophischen Systems, welches den Völkern Winke geben sollte, wie sie zu handeln hätten, um Zwistigkeiten, Kriege und Erschütterungen jeder Art zu vermeiden. Weder Vigo noch die heutigen Politiker haben es bemerkt, daß ein solches System in der Lehre Christi enthalten ist. In dem Maße, wie sich die Völker geistig entwickeln, führen sie in das Leben immer mehr christliche Grundsätze ein und sie führen mit Gewalt die Wahrheiten durch, welche man ebenso gut ohne jegliche Kämpfe, mit Hilfe der Liebe und der Vernunft verwirklichen kann.

Der Sozialismus ist eine solche unbewußte Geißel Gottes, welche die Allgemeinheit zur Anerkennung der christlichen Grundsätze antreibt. Da der Sozialismus aber selber nicht christlich ist, so begeht er zahlreiche und grobe Fehler, von welchen der wichtigste ist, daß er das Volk mechanisch beglücken möchte, d. h. indem er nur um die äußerlichen Lebensbedingungen bemüht ist und die Gefühlsseite des Menschen vernachlässigt. Als unchristlich begeht er derartige verschiedene Un-

gerechtigkeiten, aber das hindert nicht, daß er wie ein Mauerbrecher gegen die Ungerechtigkeit wirkt, welche eine andere Verkörperung des modernen Heidentums d. h. der nationalstische Staat begeht. Ich bin mit Herrn Bieda, welcher im Landtage lieber 200 Sozialisten als ebensoviel Sakatisten sehen möchte, einverstanden. Denn die Sozialisten würden die Millionen für die Ansiedelung und die „Ostmarkenzulagen“ nicht bewilligt haben. Ich teile ebenfalls die Meinung, daß unser religiöses und patriotisches Volk nicht zu Sozialisten werden wird. Aber eben deshalb vermute ich, daß wenn der deutsche Sozialismus weiter zu einer drohenden Macht für den Staat heranwächst, die Regierung endlich sehend werden und den Sozialisten die Arbeit bei uns (wie sie es gegenwärtig tut) nicht erleichtern wird, indem sie den Eltern die religiöse und nationale Erziehung des jüngeren Geschlechts erschwert. Ich erachte es als eine Unmöglichkeit, daß die Polen unter der preussischen Herrschaft sich germanisieren lassen werden. Wenn jedoch wenige Individuen ihre Nationalität verlieren, so werden sie eher Sozialisten als Preußen, obgleich sie einen deutschen äußeren Schein und einen deutschen Namen annehmen. Denn das ist doch klar, wer seine Nationalität nicht geliebt hat, der wird eine fremde niemals lieben, umso mehr, wenn sie ihm aufgezogen wird.

Im Maße des Wachstums, der dem Staate und der sozialen Einrichtung feindlichen sozialistischen Macht, wird die Regierung immer mehr Grund dazu haben, sich auf ein ruhiges und christliches Volk wie wir es sind, zu stützen.

„Das Ideal der Preußen“ — sagt Herr Bieda — „ist ein einheitlicher preussischer Staat, geteilt in Junker, Offiziere, Adressoren einerseits und die graue namenlose Masse andererseits.“

Es ist tatsächlich so, und eben deshalb prophezeie ich dem preussischen System keine lange Dauer. Diese deutsche graue Masse ist gewissermaßen unser natürlicher Bundesgenosse und wir dürften es nicht zulassen, daß sie der Sakatismus gegen uns aufhebt. Wir dürften in den Augen der Masse nicht als unversöhnliche Feinde alles dessen was deutsch ist, gelten, sondern als das was wir in Wirklichkeit sind, d. h. für eine Nation die sich von christlichen Grundsätzen leiten läßt.

Wie ich bereits gesagt habe, muß man sich dieser Grundsätze bewußt werden und nach ihnen konsequent handeln, dann werden wir ganz unbeugsam werden.

Wieso denn, wir sind doch die Schwächeren, woher sollen wir also unbeugsam sein? Habe ich es doch selber in meinem letzten Artikel gesagt, daß das Christentum lehrt: „Laß dich zerschlagen, mache aber keine Zugeständnisse dem was böse ist.“

Das ist wieder ein Punkt, wo wir mit Herrn Bieda nicht übereinstimmen. Herr Bieda sagt: „In der Praxis kommt dies auf eins heraus; schließlich weicht man doch . . . wenigleich gebrochen.“ Die Geschichte führt den Beweis, daß wenn eine Nation oder eine Partei sich sagt; Zerschneide mich, ich weiche aber nicht — dann wird man sie niemals zerschneiden. So haben es die Christen gemacht, so wurde es in Kriege und Wreschen gemacht. Wer mit der ganzen Aufopferung sein Ideal vom Standpunkte des christlichen Rechts aus verteidigt, der geht siegreich hervor. Im schlimmsten Falle leiden einzelne Individuen darunter, aber der Rest der Kämpfenden triumphiert. Niemand besitzt den Mut deshalb ehrbare Menschen zu brechen, weil sie das lieben, was der Liebe wert ist. Selbst die Römischen Kaiser wurden der Verfolgung müde und beugten sich vor der Gerechtigkeit. Heute ist es um einen derartigen Billigkeits-Triumph leichter, denn die Lehre Christi arbeitet bereits seit 2000 Jahren für denselben. Niemand wird uns zer-

brechen, wenn wir nur daran glauben und danach leben, daß die einzige Realpolitik die ist, nach Möglichkeit christliche Grundsätze in der Politik zur Einführung zu bringen und daß Zurückweichen und Weichheit gegenüber dem Bösen, ein Merkmal modernen Heidentums ist.

Wronczyn, den 22. Juli 1906.

Dr. T. von Jackowski.

Aus Nr. 164 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 22. Juli 1906:

Die katechetische Wahrhaftigkeit.

Unter obiger Spitzmarke schreibt uns Herr Propst Gryglewicz aus Slesin folgendes:

Ganz zufällig, denn nur durch einen Irrtum der Post, gelang in meine Hände die Nr. 153 der Bromberger Ostdeutschen Rundschau vom 10. d. Mts. Im Leitartikel unter dem Titel: „Ecclesia militans in der Ostmark“ tritt die Zeitung gegen den hochwürdigsten Herrn Erzbischof auf, weil er als — in der Tiefe des Herzens — „waschechter Pole“ zusammen mit der Geistlichkeit die Bestrebungen der Polen, beim Religionsunterricht die polnische Sprache anzuwenden, unterstütze. Unter anderem befindet sich in diesem Artikel folgender Absatz:

„Der Staat befolgt bekanntlich (?) den Grundsatz, daß polnische Kinder, sobald sie genügende Kenntnisse im Deutschen besitzen, in dieser Sprache auch den Religionsunterricht erhalten, während die Polen, auch wenn ihre Kinder das Deutsche beherrschen, ausschließlich polnischen Religionsunterricht verlangen.“

Da diese Behauptung in ihrer ersten Hälfte mit der Wahrheit nicht übereinstimmt, schickte ich sofort eine Berichtigung an die Redaktion der Ostdeutschen Rundschau mit der Bitte, sie in eine ihrer nächsten Nummern aufzunehmen und auf diese Weise ihre Leser von dem wirklichen Sachverhalt in Kenntnis zu setzen. Um aber die Gewißheit zu haben, ob sie das tun wird, habe ich mir einige der folgenden Nummern dieses Blattes bestellt, aber meine Berichtigung habe ich in keiner dieser Nummern gefunden. Ich bin also gezwungen, die geehrte Redaktion des Dziennik Kujawski um Gastfreundschaft in den Spalten seines viel gelesenen Tageblattes und um Aufnahme (wenn auch nur auszugsweise) meiner Berichtigung zu bitten, die ich der Ostdeutschen Rundschau übersandt habe.

Eingangs erwähnte ich, daß in meiner Slesiner Pfarochie alle Schulkinder ohne Ausnahme polnischer Herkunft seien, und trotzdem würde ihnen sogar in der Unterstufe beim Eintritt in die Schule der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt. Daß bei diesen Kindern von irgend einer Kenntnis der deutschen Sprache nicht die Rede sein kann, geht schon daraus hervor, daß sie in rein polnischer Umgebung aufgewachsen sind, und der größte Teil vor Beginn des Schulunterrichts kaum ein deutsches Wort gehört hat, da sie aus Dörfern stammen, in denen sich keine einzige deutsche Familie befindet, oder höchstens eine, und zwar der Besitzer oder Pächter des betreffenden Gutes. Unter den 23 zur Slesiner Pfarochie gehörigen Dörfern gibt es nur einige, in denen auch deutsche Familien wohnen.

Und solchen Kindern, die von der deutschen Sprache nicht die geringste Ahnung haben, wird gleich beim Eintritt in die Schule der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt. Der Lehrer in Samiecno, obwohl selbst Pole, gestattet den Kindern nicht ein Wort polnisch zu ihm zu reden, und er wendet die

polnische Sprache sogar auch beim Religionsunterricht in der Unterstufe nicht an, und das Gebet spricht er mit ihnen gleich von Anfang an in deutscher Sprache. Und als der Lehrer in Slesin gelegentlich einer Schulrevision bei der Prüfung in der Religion in Gegenwart des Kreisschulinspektors sich erdreistete, einem Kinde ein deutsches Wort ins Polnische zu übersetzen („Brot“ in „chleb“), da kam es zwischen ihnen zu einem solchen heftigen Auftritt, daß der Inspektor dem Lehrer die Türe wies und ihn zwang, daß Schulkolossal zu verlassen. Welchen Eindruck dieser Vorfall auf die Kinder und auf alle machte, die es von den Kindern erfahren hatten, ist nicht meine Sache zu beurteilen, aber man kann es sich wohl leicht denken.

Im vorigen Jahre haben wir in Sachen des Religionsunterrichts eine Beschwerde an die königliche Regierung gerichtet, und da wir nach monatelangem Warten keinen Bescheid darauf erhielten, eine solche an den Oberpräsidenten, und der hat uns geantwortet:

„Da die Erteilung des Religionsunterrichtes in in deutscher Sprache an die katholischen Kinder der Unterstufe in der Schule zu Samiecno den geltenden Bestimmungen entspricht, bin ich nicht in der Lage, dem Gesuche zu entsprechen.“

Ich kenne so einigermaßen die Schulordnungen, und darunter sind die hauptsächlichsten die vorliegende Frage betreffenden, folgende:

1. Erlass des Oberpräsidenten vom 27. Oktober 1873 und Verfügung der königlichen Regierung vom 24. Mai 1873, I Nr. 1912 T. II, die besagen, daß der „Religionsunterricht und Kirchengesangsunterricht den Kindern polnischer Abstammung in der Muttersprache erteilt werden solle“ . . . und daß den Kindern, die beim Eintritt in die Schule nur polnisch sprechen, der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt werden solle.“ Damit es aber keinem Zweifel unterliege, wie diese Anordnungen aufzufassen sind, bemerkt die königliche Regierung noch: „Wenn die Kinder im Laufe der Schulzeit sich eine solche Geläufigkeit der deutschen Sprache angeeignet haben sollten, daß sie mit gleichem Verständnis auch dem deutschen Religionsunterricht folgen könnten, so ändert dies nichts an der Sache; im Gegenteil sie bleiben in der polnischen Abteilung bis zum Verlassen der Schule“ . . .

Diese Vorschriften sind weder bisher aufgehoben, noch sind neue erlassen worden, wenigstens sind sie nicht zur Veröffentlichung gelangt, was zu verlangen wir doch wirklich ein Recht hätten, damit wir unsere Forderungen in einer so wichtigen Angelegenheit auf rechtliche Grundlagen stützen könnten. Und trotz so deutlicher Vorschriften müssen unsere Kinder sogar in der Unterstufe die Religion in deutscher Sprache lernen. Und das geschieht nicht nur in meiner Pfarochie, nicht nur im ganzen Kreise Bromberg, sondern auch weit über seine Grenzen hinaus wird immer häufiger die polnische Sprache sogar aus der Unterstufe verdrängt, in der die Kinder keine Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen.

Ich habe also die Redaktion der Ost. Rundschau in der artigsten Weise gebeten, auf Grund meiner vollständig der Wahrheit entsprechenden Vorstellungen ihre Behauptung zu berichtigen und ihre Leser davon in Kenntnis zu setzen, daß, „wie bekannt, der Staat an dem Grundsatz festhält, daß polnischen Kindern, obwohl sie keine Kenntnis der deutschen Sprache besitzen der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird“, — doch die Redaktion dieser Zeitung hat, obwohl ich meinen Namen darunter gesetzt und die Wahrheit meiner Ausführungen mit meinem priesterlichen Worte verbürgt habe, meine Bitte nicht berücksichtigt, — sie hat offenbar das deutsche Sprichwort vergessen, daß Lügen kurze Beine haben.

So sieht die Wahrhaftigkeit der Hafatisten aus! Es ist bequem, nach dem Grundsatz zu handeln: calumniare audacter, semper aliquid haeret.“

Was unsere, die priesterliche Stellung in dem Kampfe um die Schule anlangt — schrieb ich im weiteren —, so ist sie klar und deutlich. Wir werden niemals dagegen auftreten, im Gegenteil, wir würden es wünschen, wenn sich die polnischen Kinder die Kenntnis der deutschen Sprache auf das sorgfältigste aneigneten, da wir soviel Überblick besitzen, daß das für sie von großem Vorteil ist. Aber daß die Muttersprache die Grundlage für die Erwerbung anderer Kenntnisse bilden muß, daß sie also auch durchaus in den Schulen gepflegt werden muß, darin stimmen alle bedeutenden Pädagogen und alle die überein, die sich irgendwelche pädagogischen Kenntnisse zuschreiben. Dies fordert auch der bekannte auf Befehl des Kaisers ergangene Ministerialreskript vom 14. März 1894, der leider schon seit Jahren nicht berücksichtigt wird und immer mehr an Bedeutung verliert.

Was hingegen den Religionsunterricht anlangt, so sehen wir ihn als ein derartig heiliges Gebiet an, daß wir unerschütterlich an der Meinung festhalten und festhalten werden, daß es nicht gestattet ist, ihn als Mittel zur Erwerbung von Kenntnissen in irgend einer fremden Sprache zu benutzen und ihn auf diese Weise geringschätzig zu behandeln. Dieser Meinung muß jeder edel denkende Mensch sein, dieser Meinung scheint auch gewissermaßen die Redaktion der Ostd. Rundschau zu sein, da sie in der erwähnten Nummer ihres Blattes behauptet, daß nur denjenigen polnischen Kindern der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werde, welche die deutsche Sprache ausreichend beherrschen. Daraus kann man folgern, sie nehme selbst nicht an, daß Kindern, welche die deutsche Sprache gar nicht kennen, der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werde, — und doch geschieht dies in unseren Schulen.

Elefin, den 20. Juli 1906.

Geistl. Gryglewicz.

Aus Nr. 168 des Lech (Gnesen)

vom 27. Juli 1906:

Beeilt Euch, Eltern, denn die Zeit drängt!

Dem Beispiel der Eltern und Kinder in Zydowo sollten dreist und mutig alle polnischen Eltern und ihre die Schule besuchenden Kinder folgen, d. i. die Eltern sollten an den Lehrer, und wenn dieser die Annahme verweigert, an den Schulinspektor die schriftliche Mitteilung senden, sie wollten nicht, daß man ihre Kinder in einer anderen, als in der Muttersprache unterrichte, und sie hätten ihren Kindern verboten, im deutschen Religionsunterricht zu antworten, sowie deutsch zu beten oder zu singen.

Zu einem solchen Verbot haben die Eltern das Recht von Gott. Die Kinder aber sollten von den Eltern dahin belehrt und getröstet werden, die Befehle haarscharf zu befolgen, auf keine Drohungen und Bitten des Lehrers zu achten, sondern dreist zu schweigen, denn für derartiges Schweigen im Religionsunterricht darf der Lehrer nach Verfügung des Ministers weder schlagen noch in der Klasse nachsitzen lassen.

Das wissen wohl bisher alle Eltern nicht. Sobald alle Eltern dieses Mittel, das ihnen noch gegen die gewissenlosen Gelfüste der preußischen Schule übrigbleibt, zusammen anwenden, und die Kinder beharrlich nicht antworten werden, werden alle Anstrengungen unserer Busenfreunde vergebens sein, — *HN* wird nach Canossa

gehen — und sogar der Herr Minister Studt wird gegenüber einem solchen stillen und bescheidenen Kampf der Kinder ohnmächtig sein.

Aus Nr. 166 des Wielkopolanin (Posen)

vom 24. Juli 1906:

Naramowice bei Posen.

Berichtigung.

In Nr. 148 des Wielkopolanin wurde eine Korrespondenz aus Naramowice veröffentlicht in der einige falsche Tatsachen angeführt waren. — Interessent protestiert dagegen. Erstens: „Der Schulze hat weder unterschrieben, noch war er dafür, daß man an den Kreisschulinspektor eine Beschwerde darüber einreiche, es solle in der Schule Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt werden.“ Das ist nicht wahr, — denn nur ich, der Schulze, habe mich von Anfang an bis zu Ende für diese Sache interessiert, ich habe im Laufe von 4 Wochen alle Mühe angewandt — bis wir endlich einen Lehrer bekommen sollen, welcher den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilen wird. Weiter: Es ist nicht wahr, daß sich die Landwirte der Ansiedelungskommission aufdrängen, — denn die Landwirte denken gar nicht daran ihr Besitztum zu verkaufen — mit Ausnahme von zweien. Der eine hat schon verkauft, denn er hatte große Zahlungsverpflichtungen, kein Landmann wollte aber von ihm kaufen, oder ihm ein Darlehn gewähren. Ferner: Daß die Pferde Löcher mit den Beinen vor dem Gasthaus gruben und die Eigentümer tranken — das habe ich gesehen, aber das waren Leute, welche im Gasthaus in Geschäften unterhandelten — einer von ihnen hat große Schwierigkeiten in der Vermögensregulierung mit den Kindern und hat den Gastwirt die Vormundschaft zu übernehmen. Daß sie sich dort lange aufhielten, ist kein großes Wunder. Schließlich graben schlechte und magere eingespannte Pferde keine Löcher, sondern kräftige und ungeduldige. Alles was der Korrespondent bekannt gemacht hat ist Lüge und Verleumdung. Er schrieb ohne sich von der tatsächlichen Wahrheit zu überzeugen! Im Namen fast der ganzen Gemeinde sende ich obige Berichtigung und bitte die geehrte Redaktion, dieselbe zu veröffentlichen.

Hochachtungsvoll

M. Schwanke, Landwirt und Schulze.

Aus Nr. 174 des Wielkopolanin (Posen)

vom 2. August 1906:

Den Hunden ist es nicht gestattet polnisch zu verstehen.

Es ist eine natürliche Sache, daß Pferde und Hunde in Deutschland, die an sie in deutscher Sprache gerichteten Rufe verstehen. — Genau so ist es auch bei uns, wenn wir polnisch rufen . . .

Jedoch kam zu uns, nach der Parochie X. ein neuer Kulturträger, welchen die polnische Sprache furchtbar reizt und der als Lehrer sich die Aufgabe gestellt hat, nach jeder Richtung hin die deutsche Kultur zu verbreiten.

Als er einmal hörte, daß ein gewisser Junge, welcher bei einem Landwirte das Vieh weidete, seinen Hund polnisch anrief, befahl er ihm, deutsch zu rufen. Der Junge erklärte, daß sein Hund deutsch nicht verstände, der Lehrer verlangte aber unter Androhung, von Strafe, daß der Junge dem Hunde diese Sprache

beibringen solle und er erklärt, daß er absichtlich auf das Feld kommen werde, um sich zu überzeugen, ob der Junge seinen Befehl befolgt habe. Er kam jedoch nicht — und die Prüfung hat nicht stattgefunden.

Jener Herr drohte sogar dem Jungen mit den Worten: „Ich werde Dir einen deutschen Mund machen!“

Als ich hiervon erfuhr, fing ich an die örtlichen Verhältnisse in näheren Augenschein zu nehmen und ich habe mich überzeugt, daß jener Herr mit einer derartigen ritterlichen Kühnheit einen Anlauf in den Germanisierungs-Absichten nimmt, daß er die Grenzen seiner Gewalt überschreitet. Und zwar: er verbietet den Kindern auf der Straße polnisch zu sprechen — wenn sie von den Eltern geschickt werden etwas einzuholen, so verlangt er, daß sie in dem Kramladen deutsch sprechen — er befiehlt sogar den Kindern, daß sie ihm zutragen sollen, welches von ihnen im Kramladen polnisch spricht. Er verlangt von den Mädchen, daß sie sich mit den Endungen „ski“ anstatt „ska“ unterschreiben. Merkwürdig, daß bis jetzt kein Vater gegen diese Mißbräuche protestiert hat? Den Eltern steht doch das Recht zu, zu entscheiden, welche Sprache ihre Kinder reden sollen und wie sie sich zu unterschreiben haben?

Wacht auf Eltern aus dieser Gleichgültigkeit, damit einst die Kinder über euch nicht klagen.

Aus Nr. 30 der Gwiazda (Posen—Beuthen D.-S.)

vom 28. Juli 1906:

Dorfwanderungen.

Briefe unserer Korrespondentin Katharina Weibiska.*)

Aus Mur.=Goslin.

Lieber Herr Redakteur!

Ich schrieb schon viel von den in unseren Dörfern und Städtchen herrschenden Fehlern und Unwissenheiten, was aber in Mur.=Goslin geschieht, spottet geradezu jeder Beschreibung. Ich kann hier natürlich nicht alles schildern, was ich gehört, sondern ich werde nur wichtigere Einzelheiten erwähnen.

Wie überall im Großherzogtum ist auch hier die Hauptstütze des deutschen Vaterland der Krygierferajnu. Diesem Krygierferajnu gehört der größte Teil unserer aufgeklärten Polen an. Sie drängen sich an die Deutschen heran und lecken ihnen die Pfoten, bis diese sie selbst hinauswerfen werden. In dieser Beziehung ist Mur.=Goslin ein schrecklich rückständiges Loch. Die Mehrheit der Bürger sind gedankenlose Schafe, die von selbst unter das Messer des Fleischers gehen. Was nationale Würde ist, davon hat kaum einer von den Polen einen Begriff.

So haben wir hier sechs Stadtverordnete. Davon sind zwei Polen. Diesen Herren scheint es aber, daß die Würde eines Stadtverordneten eine Art preussisches Amt sei, daß sie sich dafür der polnischen Nationalität begeben und wenigstens dem Krygierferajnu angehören müssen.

Einer von ihnen, Herr Marzell Chudzicki, ist ein von niemandem abhängiger Gutsbesitzer. Er gehört dem Vorstand des polnischen Ruffthalvereins in Mur.=Goslin an, gleichzeitig ehrt er aber auch durch seine Mitgliedschaft den Krygierferajnu, in welchem er die Hauptrolle spielt.

Sonntag, den 8. Juli, fand in Mur.=Goslin ein Vergnügen des genannten ferajnu statt. Wieviel Hochs und Hurras dabei zu Ehren des preussischen Vaterlands geschrien wurden, wie viel zygierkranców

(Siegerkränze) und andere Hymnen zu größerem Lobe des Vaterland gesungen wurden, das läßt sich kaum beschreiben. Genug, daß Herr Chudzicki dabei an der Spitze war. Die Unrigen sangen mit, so lange ihnen die Kehle nicht versagte, sie tanzten trajcopolki und rajulendry und ihre Frauen und Töchter richteten zusammen mit ihnen Polen wieder auf.

So sehen heute unsere Polinnen aus, von denen der Dichter singt: „Aus ihrer Brust fließt ein Gift, woran sich die Feinde vergiften“. Heute könnte er schreiben: „Aus dem Herzen ist ihnen das Vaterland in die Füße gegangen, denn heute tanzen sie mit den Feinden“. Wie werden die Kinder, wie die Enkel dieser Frauen sein!

Auch in anderer Beziehung sieht es hier sehr traurig aus. Auf die ganze Stadt entfällt ein polnischer Verein und zwar der Industrieverein. Er zählt 70 Mitglieder, wenn aber die Polen in Mur.=Goslin nur ein wenig polnisch fühlen würden, könnten ihrer wenigstens noch einmal soviel sein. Viele von den Mitgliedern dieses Vereins gehören leider auch noch dem Krygierferajnu an, nach und nach aber klären sie sich in polnisch-nationaler Richtung auf und sie erkennen im Laufe der Zeit, wo ihr Platz ist. Ein Beweis hierfür ist folgender Vorfall: Zugleich mit dem deutschen Vergnügen fand in dem gleichen Lokal eine Versammlung des Industrievereins statt. Die Vereinsmitglieder, die gleichzeitig Mitglieder des Krygierferajnu sind, erschienen dennoch in der polnischen Versammlung.

Es könnte hier viel besser sein, wenn hier nicht vollständiger Mangel an polnischer Intelligenz bestände. Der Herr Pfarrer beteiligt sich fast an nichts, einen polnischen Arzt aber kann man trotz Bitten nicht erhalten. Er hätte hier eine gesicherte Stellung und ein ziemlich angenehmes Leben, trotz aller Bekanntschaften in den Blättern kann sich aber merkwürdigerweise kein Pole dazu entschließen, sich in Mur.=Goslin niederzulassen. Es ist jetzt nur ein von den Hafatisten entandter deutscher Arzt hier vorhanden, wenn aber ein Pole hierher käme, könnte er gewiß sein, daß auch Deutsche zu ihm kommen würden.

Auch intelligente polnische Kaufleute, die sich mit dem Volke befassen würden, gibt es hier nicht. Es war hier ein sehr rühriger Drogist, Herr R., den aber boykottierten die Deutschen schnell weg. Rings um Mur.=Goslin befinden sich lauter Ansiedler. Der Verwalter des Ansiedelungsgutes Pila hat an die Ansiedler den Befehl erlassen, daß sie sich nicht unterstehen sollten, bei einem Polen ihre Einkäufe zu besorgen. Da es wenig Landsleute gibt und die Deutschen dem Befehle gehorchten, mußte der Pole sein Geschäft schließen.

Unter solchen Umständen kann man sich über die schreckliche Verwahrlosung, die in dem Städtchen in nationaler Hinsicht herrscht, nicht wundern. Die Änderung polnischer Namen in deutsche ist hier nichts seltenes. Der Schneider Napiecyk und der Bäcker August Jasinski waren die ersten, die sich der Namen ihrer Väter schämten. Napiecyk nannte sich bekanntlich Ofenstein und Jasinski — Beyer. Um dem bösen Werk die Krone aufzusetzen, nahm Beyer Fräulein Ofenstein zur Frau, und jetzt zeugen sie gemeinsam Verräther des deutschen Vaterlandes.

So ausgeartete Menschen sollten uns eigentlich nicht leid sein, und doch, wie traurig ist dies! Wenn einer schon Pierdzioch oder Dupka heißt, wie jener Arbeiter zu Friedenshütte in Schlesien, so kann man es schließlich verstehen, daß ihm sein Name nicht gefällt. Das ist aber noch kein Grund, einen schwäbischen (verächtlich statt: deutschen) Namen anzunehmen. Klingt doch die deutschen Namen Piperschwanz,

*) Pseudonym.

Bierwagen und Schmalzpfiffer auch nicht sehr schön, und dennoch ändert keiner von ihnen seinen Namen.

Kurz, die Herren in Posen sollten sich des hiesigen verlassenen Lochs annehmen, wenn sie nicht wünschen, daß sich das ganz dicht bei Posen gelegene Städtchen germanisiere. Jetzt ist doch die Bahnverbindung sehr angenehm. Zuerst muß also unbedingt für einen polnischen Arzt, dann an Sonn- und Feiertagen für Veranstaltung einer Reihe von belehrenden und allen verständlichen Vorträgen gesorgt werden, und die Gostliner Einwohner werden in Scharen herbeiströmen. Vielleicht würde sich der Verein für Volksvorträge in Posen der Sache annehmen. Dies wäre eine Arbeit, die reichliche Frucht zeitigen würde.

Möchten Sie, Herr Redakteur, nach Möglichkeit das Ihrige dazu beitragen.

Katharina Wscibska.

Aus Nr. 30 der Pokraka (Posen)

vom 29. Juli 1906:

Posen.

Wir haben hier in der Stadt sehr viele Besitzer von Viktualienhandlungen, welche ihre Waren hauptsächlich von Andersgläubigen beziehen. Überall wo das polnische Publikum kauft, wird sogar ein nach Knobloch riechendes Gebäck verkauft. Es ist dies um so schmerzhafter für uns, da die Lieferanten dieser Waren Gegner der Polen sind. So haben z. B. die Herren S. und K. am Bernhardinerplatz in ihren Handlungen Gebäck, welches nicht von einem Landsmann bezogen wird. Die Anstalt der barmherzigen Schwestern am Bernhardinerplatz, bezieht ihre Waren auch von Hasen. Sehr schön!

Winiary bei Posen.

Dem Herrn Zimmermann A. K. schmeckt der Schnaps am Orte nicht mehr, er benezt also die Kehle im Nachbardorfe, denn dort ist der Schnaps mit Knobloch zubereitet, und hat eine solche Wirkung, daß Herr K. nicht wußte, welcher Weg nach Hause führte.

Moschin.

Der Herr Kirchendiener kauft das Öl für das Kirchenlämpchen bei einem Juden. Ist dies dem Herrn Propst bekannt?

Kruszewo.

Die hiesigen Landskleute haben jedenfalls das Lösungswort „Der Landsmann zum Landsmann“ vergessen, denn obgleich wir hier eine polnische Kolonialwarenhandlung und einen polnischen Fleischer haben, so werden diese gemieden und Fremde unterstützt.

Miloslaw.

Die Herrschaft K. schickt ihr Dienstmädchen hauptsächlich zu Knoblauchsfeiern nach Waren. Die Fräuleins K. und D. kaufen ebenfalls bei einem Juden.

Brzesnica.

Herr G., Starost der „Straz“, wurde gesehen, als er zu einem Juden am Marktplatz hineinging.

Czarnikau.

Frau S. hat viel und sogar sehr viel Ware bei einem Leviten gekauft. — Ein gewisser Herr fährt jetzt zur Übung, aber zu welcher Übung?

Znin.

Lockt denn die hiesigen Damen und Hausfrauen der Geruch des Knoblauchs und der Zwiebel so sehr, daß sie an den Juden, wie die Fliege am Honig kleben? Denken denn die zarten Fräuleins sich nicht zu bessern? Lebt denn der Vater dieser Fräuleins nur von Fremden? Frau K. verlangt Unterstützung von den „Ihrigen“, wen unterstützt sie aber selber? — Herr Tuch . . . macht es nicht besser, er hat jedenfalls sehr viel Abnehmer auf „Koscheres“. Wo machen die Damen Rosa und Gyrot aus Jaroszewo, Erdmann aus Sabinowo und viele andere, ihre Einkäufe? Wann wird Besserung eintreten, vielleicht dann, wenn es uns am Brote mangeln wird.

Hohenfalza.

Als i. Zt. Inowrazlaw in „Hohenfalza“ umgetauft wurde, entstand ein großes Wehklagen; wo kaufen denn die Polen und namentlich die Polinnen ihre Waren ein? Es kaufen, der Herr Provisor M. aus Pafosch, Herr Burz aus Ciekrz, Herr Szw . . . aus Kruschwitz, die Lehrerin Frau K . . . aus Hohenfalza. — Was? . . . Kozl. fast ausnahmsweise bei Juden ein, obgleich sie alle diese Artikel ebenso gut bei den „Ihrigen“ bekommen könnten. Herr G. amüsiert sich bei Karten auch am liebsten in einem jüdischen Hotel.

Aröben.

Hier mangelt es wahrscheinlich an polnischen Kaufleuten, denn Fräulein Leokadia P. kam aus einem jüdischen Geschäft heraus.

Samter.

Herr Kaufmann W . . . besucht am liebsten fremde Restaurants.

Kurnik.

Einige hiesige „Sokols“ fuhren nach Schrimm zur Bestellung auf einem Wagen, aber auf wessen Wagen? In Schrimm angekommen „halt“ vor einem Juden, und dann „vorwärts im Schritt nach Jägerhof“ zum Imbis und Schoppen und Herr Turnwart, hast du denn nicht gewußt, daß dort Herr Matuszewski wohnt? Fräulein Zophie P . . . machte am 16. I. Mts. während der Hauptandacht bei einer Jüdin verschiedene Einkäufe.

Pleschen.

Herr J. L. lies ungeachtet dessen, daß ihm das Bureau die Parzellierungsarbeiten entzogen hat, sein Haus von einem Fremden malen. Was wird hierzu der Freund sagen? Man prahle lieber in den Gastlokalen nicht mit der Unterstützung der „Seinigen“, wenn man dies nicht tut.

Bruch (Westfalen).

Frau B., Gattin eines Schuhmachermeisters kauft Manufakturwaren bei einem Juden, und Semmel und Kuchen bei einem Hasen, obgleich nebenan ein Landsmann wohnt. Frau Schneiderin D. und ihre Gehilfin gingen in den Reihen mit Hasen nach Kewelar. — Herr K., welcher hier ein Weißwarengeschäft besitzt, müßte auch den dortigen polnischen Vereinen beitreten und er könnte sich überzeugen, daß man ihn unterstützen würde, von den Kriegerern wird jedenfalls niemand bei ihm etwas kaufen.

Strelno.

Trotz der öfteren Aufrufe „der Landsmann zum Landsmann“ sieht man hier keine Besserung, im Gegenteil unsere Damen erachten es gewissermaßen als Pflicht, Fremde zu unterstützen. So besucht z. B. die Nichte unseres Herrn Prälaten sehr fleißig jüdische Geschäfte. Man wundert sich allgemein, daß der Herr Prälat, ein eifriger Pole, welcher in nationalen Institutionen tätig ist, nicht so viel Einfluß besitzt, um sie hiervon abzuhalten. — Ferner werden Fremde von den Herren Os., Piv., Wag. und L. Lem. aus Zosjowka unterstützt.

Berkow.

Die Fräuleins Stanislawka B. und Wladislawa S. kauften Hüte bei einem Fremden. Herr St. D. — trinkt auch gern bei einem Fremden, als gäbe es hier, nicht genug Landsleute.

Obornik.

Herr Leo W. wird den Maiausflug nach Paulusau sehr lange im Gedächtnis behalten; nicht wahr, es schläft sich gut in der frischen Luft? Weiß denn auch der Geistliche in Objezierze davon, daß seine Schwester Fleisch bei einem Fremden kauft? Warum ist denn Herr Leo A. nicht zu einem polnischen Vergnügen gegangen? Ist er vielleicht Mitglied des Landwehrvereins?

Hohenfalsa.

Zwei Fräuleins M. aus Brzezie kauften Hüte bei einem Juden. Wissen die Eltern hiervon? Warum hat denn Fräulein Rosa ihrem Paul erlaubt eine Kravatte bei einem Fremden zu kaufen?

Charlottenburg.

Herr Arthur Chw., Mitglied des polnischen Gesangsvereins trinkt Bier, Bouillon u. in fremden Lokalen und viele folgen seinem Beispiele.

Herne.

Herr Joseph schreit: „der Landsmann zum Landsmann“ und wo kauft er denn selber Fleisch ein? er hat doch gegenüber einen Landsmann als Fleischer.

Styrum-Oberhausen.

Herrschaft A. ließ das Trautkleid ihrer Tochter bei einer fremden Schneiderin nähen.

Essen.

Der Herr Schneider, welcher Fräulein Krol . . . geheiratet hat, kaufte die Trauringe und die ganze Ausstattung bei einem Juden. Die Herren Polenski und Luczak kaufen Cigarren bei Fremden.

Aus Nr. 170 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. Juli 1906:

Grätz.

Im Anschluß an die Zuschrift betreffend die regierungsseitige Erteilung der Konzession zur Gründung einer zweiten — deutschen — Apotheke in Grätz muß ich hinzufügen, daß ein derartiges Verfahren der Behörde aufs lebhafteste empören muß. Wir haben nämlich den besten Beweis dafür, daß die Regierung die Privilegien der in polnischen Händen befindlichen Apotheken fernerhin und systematisch ignoriert, wie dies schon in einigen Städten im Großherzogtum geschehen ist. In Grätz hat, wie uns bekannt ist, der polnische Apothekenbesitzer sogar zwei gesetzlich garantierte Privilegien, doch reicht auch das der Regierung nicht hin und sie beglückt mit dem Recht des Stärkeren die Stadt mit einer zweiten — deutschen — Apotheke.

Von der Notwendigkeit einer zweiten Apotheke in einer Stadt von etwa 5—6000 Einwohnern kann nicht die Rede sein, — es handelt sich daher lediglich darum, dem Polen das Brot zu nehmen und ihn zu Grunde zu richten. In Städten wie in Rakel (etwa 10000 Einwohner), Wągrowitz, Kosten usw., welche der Bevölkerungszahl nach größer, wo jedoch die Apotheken in deutschen Händen sind, denkt die Regierung an die Konzessionierung neuer Apotheken nicht.

Aus Nr. 30 des Ognisko domowe
vom 30. Juli 1906,

(Beilage zu Nr. 170 des Wielkopolanin (Posen)
vom 28. Juli 1906:

Nach polnischer Melodie.

Gott unterstütze, Gott schütze
die polnische Nation, das polnische Land.
Decke die Söhne mit der Mannhaftigkeit Schild
und gib Kraft zum Kampfe.

Hüten wir, den Idealen treu,
würdig unsre Hütten!
Möge sich der Feinde Absicht nicht erfüllen
und wir werden die Welt über uns in Verwunderung
versetzen.

Gingedenk, wie der Tapferen Söhne
kämpfen sollen für ihr Land.
Die Freiheit mehr als die Lorbeern schätzen,
für sie den blutigen Kampf kämpfen.

Des Volkes Arm ist stark, kühn,
er wird der Feinde Macht bezwingen,
er wird ganze Felder der Feinde heruntermähen
und vor der Welt wird die Nacht verschwinden.

Polen gib, o Gott, Macht!
Wolle es durch der Söhne Arbeit aufrichten!
Und wer das Volk, den Bauernknecht liebt,
der erweist Polen Ruhm, Ehre!

Liebe, Einigkeit mögen uns verbrüdern,
mögen sie das polnische Volk ehrenwert machen,
und es wird uns des Henkers Macht nicht besiegen.
Vergebens wird der Feinde Mühe sein.

Durch einen Gedanken geeint, werden wir in einem
Glauben stehen,
von der Finsternis Fesseln befreit —
werden wir den Feind nicht fürchten.

Bei unfrem wackeren Vaterlande
stehen getreu zwei Genossinnen.
Mit dem blutigen Geschick der armen Schwester
teilen sie ihre gemeinsamen Geschicke.

Der Mutter Polen — dem Reußenlande — Litauen
und den jungen Ablern, o Gott, Glück!
Gib uns Beharrlichkeit in Tränen, im Gebet
und daß dem Vaterland die Ehre dargebracht werde.

Josef Soczek.

Aus Nr. 18 des Oświaka

vom 29. Juli 1906:

(Beilage zur Nr. 171 der Gazeta Polska (Kösten)

vom 29. Juli 1906:)

Bildung!

Bildung, Brüder, diese Losung des Lebens,
sollte das Ziel, unser Streben sein!
Entreißen wir die Seele der Dämmerung Hülle,
entzünden wir sie mit unsrer Bestrebungen Flamme.
Schule tut uns not, doch nicht die Schule,
welche eine Marterkammer der jungen Seelen war,
wo ein frohes Lachen nicht aufleuchtete,
denn die junge Seele lebte in Qualen.
Uns tut Schule not, doch nicht die Schule,
welche der jugendlichen Seelen Marter war,
welche die Seele mit dem Liede (pieśnią: offenbar
ein Druckfehler, soll wohl heißen: plesnią d. i.
mit Schimmel) und Rasen deckte,
den nationalen Geist zugrunde richtete,
verachten hieß der Väter Sprache,
die Kinder hieß, zu Gott Gebete schicken
in einer fremden Sprache um Wohl bitten,
— die (die Schule) den Klang der Muttersprache
unterdrückte
mit wildem Lärmen und mit dem Brandmal grau-
samer Strafen.

Diese Schule war eine Hölle für die Kinder,
dort wurden ihre Fähigkeit und Kraft zunichte,
und von dorthin gingen die Kinder in die Welt
wie eine wilde, dem Auge nicht angenehme Frucht,
wie ein vertrockneter Ast eines jungen Baumes,
wie ein unreines Vieh aus einem reinen Stall.
Verachten wir mithin heut aus ganzem Herzen
diese alte Schule, die Zerstörerin der Seelen.
Denn sie verübte großes Unrecht an der jungen ver-
dorbenen Seelenschar.

Uns tut heut die polnische Schule not
doch polnisch wird sie heut sein nicht dem Namen nach,
denn sie muß dem Geiste nach polnisch sein,
geistig aus der nationalen Habe stammen,
die Kinder zu guten Söhnen des Vaterlandes
heranbilden

und Liebe zum Lande einverleiben,
wie auch ihnen des Brotes Kost geben,
zu treuen Dienern unsres hochheiligen Glaubens,
des Vaterlandes,
Gottes sie heranbilden,
und ihnen Ehrerbietung vor dem Alter einimpfen.
Diese Schule muß die Kinder leben lehren,
nicht allein ihnen trockenes Wissen beibringen.
Möge sie auch die Güte entfachen,
in ihren reinen und jugendlichen Herzen,
alle bösen Triebe ansrotten,
damit die Seele sei wie der Quellenströme Wellen
und wie des Feuers reine Flamme,
auf daß das Kind sich scheue,

selbst eine Fliege zu töten
und der Vöglein Gottes
kleine Flügel zu beschädigen,
damit sie rein sei,
damit es wisse, sich überall hinauszufinden,
und damit es des Glaubens ewiges Licht
auf Erden finde und im Himmel
ewiges Glück, ewiges Heil kenne,
damit es Geist und Körper rein habe,
nicht kenne, was sündhafte Begierde sei.
Eine solche Schule zu besitzen wünschen wir.
Und dann wird auf dem Dorfe das Glück aufleuchten,
dann wird Gottes Geist mit heiligem Antlitz
hell über Eurer Hütte schweben.

Josef aus Siecia.

Wohl in der Besorgnis, daß obiges Gedicht zu
strafrechtlicher Verfolgung Anlaß bieten könnte, schreibt
die Redaktion in der Nummer der Gazeta Polska,
welcher die Nummer 18 der Beilage Oświata beigegeben
ist, was folgt:

Das Gedicht, betitelt Oświata, in unserer der
heutigen Nummer beigegebenen Beilage bezieht sich auf
die Schulverhältnisse im Königreich (Polen) und es
wurde während des Warschauer Schulstreiks verfaßt.
Diesen Umstand heben wir absichtlich hervor, damit
niemand meine, wir forderten zum Boykott der Schule
im preussischen Okkupationsgebiet auf.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 172 der Gazeta Torunska (Thorn)

vom 31. Juli 1906:

Der Verbandstag des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für Posen und Westpreußen

findet am 20., 21. und 22. August 1906 in Plespin
statt. Die geehrten Delegierten, Mitglieder und Freunde
der Genossenschaften werden dazu höflichst eingeladen.
Posen, den 12. Juli 1906.

Geistl. Wawrzyniak,
Patron der Genossenschaften.

Tagesordnung:

- I. Am Montag, den 20. August, 5 Uhr nachmittags.
 1. Eröffnung des Verbandstages durch den Patron.
 2. Prüfung der Vollmachten der Delegierten.
 3. Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertreters und zweier Schriftführer.
 4. Feststellung der Tagesordnung.
 5. Wahl der Kommissionen.
 - a) zu Nr. 8 und 18, Leiter: der Herr Patron,
 - b) zu Nr. 9, Leiter: der Vizopatron,
 - c) zu Nr. 7, Leiter: Dr. Kujstelan,
 - d) zu Nr. 13, 14 und 15, Leiter: Herr Geistlicher Rat Kotecki,
 - e) zu Nr. 10 und 11, Leiter: Direktor Wierkowski,
 - f) zu Nr. 17, Leiter: Geistl. Vot.
 6. Bericht des Patrons.

Dann folgen die Arbeiten in den Kommissionen.
- II. Dienstag, den 21. August, 8 Uhr vormittags:
 1. Messe auf die Intention des Verbandstages,
dann um 9 Uhr vormittags:
 2. Berichterstattung der Verbandsbank.
 3. Die Angelegenheit des „Kosniak“.
 4. Wie kann man sich gegen den Betrug eines Vorstandsmitgliedes schützen.

10. Unter welchen Bedingungen sollen Depositen ohne Kündigung ausbezahlt werden.
11. In welcher Weise bemüht man sich um Depositen. Abends Arbeit in den Kommissionen.
- III. Mittwoch, den 22. August, 8 Uhr vormittags:
 12. Wahl des Patronats.
 13. Rechnungslegung der Verbandskasse und Erteilung der Decharge.
 14. Festsetzung des Stats der Patronatskasse für die nächsten 3 Jahre.
 15. Normierung der Beiträge zur Patronatskasse für das laufende Jahr.
 16. Die Angelegenheit der „Parzellierungsbanken“.
 17. Über die Pflicht der Genossenschaften zur Erteilung von Referenzen an die Verbandsbank und Genossenschaften.
 18. Referate der Revisoren und Delegierten.

Aus Nr. 88 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 24. Juli 1906:

Noch eine der wichtigsten Pflichten der polnischen Eltern in Sachen des hl. Religionsunterrichts.

Liebe Glaubensbrüder! Wie wichtig die heilige Religionsache ist, haben wir ausführlich besprochen. Wir haben nachgewiesen, daß der hochwürdigste Herr Erzbischof und die Bischöfe überhaupt das Recht haben, den Lehrern zu verbieten, in den Schulen der polnischen Landesteile Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erteilen, und wir haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der hochwürdigste Herr Erzbischof zur passenden Zeit ganz sicher diesen Unterricht verbieten wird, sobald er überzeugt sein wird, daß das ganze polnische Volk wie ein Mann hinter ihm stehen wird. Wir haben euch belehrt, in welcher Weise es dem hochwürdigsten Herrn Erzbischof und den hochwürdigsten Herren Bischöfen mitzuteilen ist, **daß ihr zu allen Opfern für die hl. Religionsache bereit seid.**

Wir haben euch belehrt, was ihr euren Kindern anbefehlen sollt, was ihr den Lehrern und schließlich dem Minister schreiben sollt.

Es bleibt uns nur noch übrig, euch an eine große Pflicht zu erinnern, die ihr gegenüber euren Kindern habt.

Wenn der deutsche Religionsunterricht verboten werden wird, dann werden unsere Priester die Schule gewiß voll und ganz vertreten. Aber bis das eintritt, kann noch viel Zeit vergehen. Besonders aber jetzt, wo dieser **verruhte Unterricht** in unseren Schulen erteilt wird, haben die polnischen Eltern die Pflicht, alles zu tun, was nur in ihren Kräften steht, um die bösen Folgen des Schulunterrichts zu schwächen, um das Böse, soweit es möglich ist, wieder gut zu machen.

So lange dieser schreckliche Zustand in unseren Schulen anhalten wird, so lange haben die polnischen Eltern die Pflicht, zu Hause ihren Kindern den Religionsunterricht in polnischer Sprache zu erteilen. Und denkt daran, liebe polnische Eltern, daß eure Schuld euren Kindern gegenüber, wenn ihr diese Pflicht nicht erfüllt, nicht geringer sein wird als die Schuld dieser neuzeitigen Heiden, die alles, sogar auch den hl. Religionsunterricht zur Germanisierung eurer Kinder mißbrauchen.

Keine Ausrede enthebt euch dieser Verantwortung. Mit Zeitmangel kann sich niemand entschuldigen. Denn wenn zu anderen weniger wichtigen Sachen, für zeitliche Sachen, Zeit ist, dann muß auch Zeit dazu sein, wenn es sich um die Rettung der Seelen eurer Kinder vor dem Untergange, um ihre ewige Erlösung handelt.

Wenn der Vater keine Zeit hat, dann muß die Mutter Zeit haben und umgekehrt. Auch der Arbeiter kann sich nicht mit Zeitmangel entschuldigen, denn in jedem Falle hat er Sonntags Zeit. Und der Schreiber dieser Zeilen hat mit eigenen Augen gesehen, wie ein mackerer Arbeiter sogar am Werkstage, als er abends von der Arbeit kam, seine Kinder polnisch Schreiben und Lesen gelehrt hat. Und wenn schließlich der Arbeiter wirklich keine Zeit haben sollte, so muß seine Frau Zeit haben.

Niemand von euch, liebe polnische Eltern, kann sich also mit irgend etwas entschuldigen, und darum mögen sie alle diese auf ihnen lastende heilige Pflicht gewissenhaft erfüllen. Singet auch ein um das andere mal mit euren Kindern ein andächtiges Lied, damit der polnische Gesang in den Gotteshäusern nicht verstumme.

Mögen sich auch in jedem Hause von jetzt an ein Katechismus und eine heilige Geschichte in polnischer Sprache befinden.

Polnische Eltern, behaltet Gott im Herzen und rettet die Seelen eurer Kinder.

Aus Nr. 85 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 17. Juli 1906:

Petitionen in Sachen des polnischen Religionsunterrichts haben bisher nachstehende Ortschaften ab- gesandt:

A. An den hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. von Stablewski:		
Parchanie, Kr. Hohensalza.....	50	Unterschriften,
Biskupin, Parochie Venetia.....	35	"
Stralkowo.....	170	"
Jolcz (?).....	14	"
Kraczk, Kr. Wirsz.....	43	"
Clembowo.....	31	"
Drzeszkowo, Kr. Birnbaum.....	37	"
Vorher aus 14 Ortschaften.....	786	"

Zusammen bisher 1166 Unterschriften.

B. An den hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Rosentreter:		
Gazwiska bei Gniwo.....	108	Unterschriften,
Vorher aus 2 Ortschaften.....	83	"

Zusammen bisher 191 Unterschriften.

Aus Nr. 86 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 19. Juli 1906:

Petitionen in Sachen des polnischen Religionsunterrichts haben bisher nachstehende Ortschaften ab- gesandt:

A. In den hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. von Stablewski:		
Rowanowo, Kr. Dornik.....	20	Unterschriften,
Dorka, Dreieinigkeitsparochie zu Gnesen.....	12	"
Rania, Kr. Labischin.....	43	"
Zalesie.....	40	"
Brzozno, Kr. Czarnikau.....	20	"
Al. Starolotka, Parochie Gleschin	95	"
Budzislaw, Kr. Znin.....	39	"
St. Kramsko.....	54	"
Strypowo, Kr. Posen-West.....	85	"
Aus 21 Ortschaften vorher.....	1166	"

Zusammen bisher 1174 Unterschriften.

Aus Nr. 87 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 21. Juli 1906:

**Petitionen
in Sachen des polnischen Religionsunterrichts
haben ferner nachstehende Ortschaften ab-
gesandt:**

A. An den hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. von Stablewski:		
Wierchoslawice, Parochie		
Plonkowo.....	24	Unterschriften,
Skalmierzycze, Parochie		
Szadlowice.....	25	"
Vorher aus 30 Ortschaften.....	1574	"

Zusammen bisher 1623 Unterschriften.

B. An den hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Rosentreter:		
Nesla.....	31	Unterschriften,
Skicz.....	60	"
Bobowo.....	131	"
Kokoszkowo bei Stargard.....	31	"
Vorher aus 3 Ortschaften.....	191	"

Zusammen bisher 444 Unterschriften.

Aus Nr. 88 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 24. Juli 1906:

A. An den hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. von Stablewski:		
Gr. Chrosin, Parochie Polajewo.	114	Unterschriften,
Niechanowo, Kr. Wittowo.....	34	"
Filchne.....	84	"
Kawenczyn, Parochie Neu Grabia	32	"
Ignacowo, Parochie Lisowo.....	14	"
Vorher aus 32 Ortschaften.....	1623	"

Zusammen bisher 1901 Unterschriften.

B. An den hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Rosentreter:		
Radostowo.....	22	Unterschriften,
Katy, Parochie Gora.....	7	"
Vorher aus 7 Ortschaften.....	444	"

Zusammen bisher 473 Unterschriften.

Aus Nr. 89 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 26. Juli 1906:

A. An den hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. von Stablewski:		
Kobelnicki, Parochie Slawska...	44	Unterschriften,
Krzekatowko, Parochie Szczepanowo	8	"
Pinsk, Parochie Schubin.....	37	"
Olzewko, Parochie Rakel.....	7	"
Wittowo, Parochie Wittowo....	44	"
Marulewy, Parochie Hohensalza	13	"
Dobzka, Parochie Koscieszki....	15	"
Long bei Pakosch.....	18	"
Kojewo, Plonkowo.....	46	"
Zelesclin, Parochie Lijzkowo...	17	"
Wybranowo, Parochie Lijzkowo.	30	"
Paris, Kreis Zimm.....	15	"
Kruchowo bei Tremessen.....	56	"
Vorher aus 37 Ortschaften.....	1901	"

Zusammen bisher 2251 Unterschriften.

B. An den hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Rosentreter:		
Kolodzieje.....	16	Unterschriften,
Szonowo und Plejsewo, Kr. Graudenz	55	"
Vorher aus 7 Ortschaften.....	473	"

Zusammen bisher 544 Unterschriften.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 91 des Polak (Kattowitz)
vom 31. Juli 1906:

Versammlungsfreiheit in Preußen.

Die preußische Verfassung gewährleistet jedem Bürger Versammlungsfreiheit zur Besprechung sowohl öffentlicher als auch privater Angelegenheiten. Das Vereins- und Versammlungsrecht garantiert jedem erwachsenen Bürger Freiheit. So steht es auf dem Papier. In Wirklichkeit dagegen — wir wissen es sehr gut — verwehren die zivilisierten Preußen denjenigen, die schwächer sind als sie, mit Hilfe der mannigfachen Winkelmüge das Versammlungsrecht. Der beste Beweis hierfür ist, daß wir Polen in verschiedenen Ortschaften überhaupt keine Versammlungen abhalten können. Wir wissen sehr gut, wie es sich die preußische Polizei einrichtet, um uns der Möglichkeit einer Abhaltung von Versammlungen zu berauben und unseren Vereinen zu schaden. In zarter Weise gibt sie dem Gastwirte zu verstehen, daß er, falls er Polen einen Saal zu Versammlungszwecken überläßt, unbe-rechenbaren Schaden haben werde.

In diesen Tagen hat sich in Oberschlesien wiederum ein Vorfall ereignet, der in unserem Leben nicht ver-einzelt dasteht. Vor zwei Wochen trat hier in Kattowitz ein neuer Sokolverein für Siemianowitz ins Leben. Unter anderen ließen sich auch drei Kameraden aus Michalkowitz, die in der Max-Grube beschäftigt sind, als Mitglieder des Sokolvereins eintragen.

Ungefähr eine Woche nach jener Versammlung wurde den drei Bergleuten von der Max-Grube die Arbeit gekündigt, natürlich ohne daß ihnen der Grund angegeben wurde. Es ist selbstverständlich einfach klar, daß man unsere Kameraden deshalb aus der Arbeit entläßt, weil sie dem Sokolverein angehören.

Das ist die nackte Tatsache. Es lohnt, darüber nachzudenken, und zwar nach zwei Richtungen hin. Erstens darüber, woher die Grubenverwaltung in Erfahrung gebracht hat, daß jene Bergleute Mitglieder des Sokolvereins geworden sind? Der die Versammlung des Sokolvereins überwachende Beamte hat weder ihre Namen, noch ihren Aufenthaltsort erfahren. Die Kameraden selbst aber gingen nicht hin, um sich vor der Grubenverwaltung dessen zu rühmen. Dagegen meldete der Schriftführer des Sokolvereins in Gemäßheit des Versammlungsrechts unter anderen auch sie bei der Siemianowitzer Polizei an. Die aus diesen Umständen sich von selbst ergebende Schlussfolgerung ist die: Nachdem die Siemianowitzer Polizei das Mitglieder-verzeichnis des neuen Sokolvereins erhalten hatte, teilte sie offenbar der Verwaltung der Max-Grube mit, daß diese drei Bergleute dem Sokolverein angehören. Die durch ihren Hafatizismus bekannte Grubenverwaltung vertrieb die Kameraden aus der Arbeit. Wir fordern daher die Siemianowitzer Polizei auf, sich darüber zu äußern und den schweren Vorwurf, den der ganze Verlauf der Sache gegen sie erhebt, zurückzuweisen zu suchen.

Dieser Vorfall zeigt, wie die Preußen die Existenz der polnischen Vereine untergraben und die polnischen Bürger der ihnen gesetzmäßig zukommenden Rechte berauben.

Zweitens können sich unsere Arbeiter wiederum überzeugen, in welcher schändlicher Weise hafatistische Arbeitgeber ihre wirtschaftliche Übermacht zu Ungunsten des polnischen Volks ausbeuten. Nicht genug, daß sie die Arbeit unseres Volks ausbeuten, berauben sie das Volk noch aller Freiheiten, die ihm das preußische Recht gewährt. Wenn unter unserem Volke wahre Bildung und wahres Vertrauen auf seine Kraft vorhanden

wäre, dann würde es den Hakatisten eine solche Antwort geben, daß sie ein für allemal die Lust verlieren würde, in so schändlicher Weise die polnischen Arbeiter zu verfolgen. Wenn unsere Arbeiter einer Organisation angehören würden, so könnten solche Mißbräuche nie vorkommen. Denn alle Arbeitsgenossen würden gegen die an diesen drei Bergleuten begangenen Unbilden Stellung nehmen, alle ohne Ausnahme würden der Grubenverwaltung die Arbeit kündigen und solange streiken, bis sie jene drei Kameraden wieder in die Arbeit eingestellt hätte. Das ist die einzige Antwort, welche die Bergleute von der Max-Grube der hakatistischen Grubenverwaltung erteilen sollten. Sie müssen dessen eingedenk sein, daß das jenen 3 Bergleuten, Mitgliedern des Sofovereins, angetane Unrecht ihr eigenes Unrecht ist, denn es kann jedem von ihnen jederzeit des Gleiche begegnen. Das polnische Volk aber müßte endlich einmal diese hakatistischen Herren zu belehren anfangen, daß sie ihnen für ein paar Großen elenden Lohns nicht Leib und Seele verkaufen.

Aus Nr. 91 des Polak (Kattowitz)
vom 31. Juli 1906:

Von der Redaktion.

Herrn Skworez in Zabrze.

Wenn der Polizist den Wirt überredete, daß er Ihnen die Wohnung kündigen soll, so hat er seine Rechte schändlich überschritten, und Sie müßten sich sofort beim Amtsvorsteher über ihn beschweren. Solche Streiche darf man den Polizisten niemals schenken. Wenn er über die Polen schimpft und sie schikaniert, muß man ebenfalls Beschwerde führen. Natürlich werden die Abgeordneten diese Angelegenheit im Landtage zur Sprache bringen. —

Aus Nr. 170 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 29. Juli 1906:

Betrifft polnische Firmenschilder.

Kattowitz.

Zufällig gelangte ein Posener Blatt in meine Hände. Ich las darin, die Polen in Posen verlangten, daß die Kaufleute auch polnische Firmenschilder und polnische Bedienung haben sollten, wenn sie von den Polen unterstützt zu werden wünschen. Bei uns müßte es auch so sein. Unsere Kaufleute leben doch nur von polnischen Leuten, polnische Firmenschilder haben sie aber nicht. Daher bitte ich die geehrte Redaktion, dieses Schreiben zu veröffentlichen. Ich sprach schon mit vielen Leuten darüber, und alle erklärten, es müßte so sein, daß ein Kaufmann, der Geld von Polen nehmen will, auf dem Firmenschilder seine Ware auch in polnischer Sprache anbieten und im Laden polnisch bedienen sollte. Manche Leute sagten mir, ich möchte dieses Schreiben nicht in der Zeitung bringen, denn unsere Feinde werden dann ebenfalls polnische Aufschriften machen, und die Leute werden nicht wissen, wohin sie gehen sollen. Heute erkenne man nämlich an der polnischen Aufschrift sofort den polnischen Kaufmann, und weil der Landsmann stets mehr zum Landsmann geht, so würden diese polnischen Aufschriften an fremden Läden das Volk nur irreführen. Ich bleibe aber nichtsdestoweniger dabei, daß alle Kaufleute auf den Firmenschildern polnische Aufschriften haben sollen, denn ich sehe es für eine Beleidigung meiner Person und für eine Beleidigung des polnischen Volks an, wenn ein solcher Kaufmann, der uns doch in die Tasche schaut, für uns nicht auch freundlich sein soll. Oberschlesien ist polnische Erde, und polnisches Volk wohnt auf ihr. Dessen mögen die Herren Kaufleute eingedenk

sein, und mögen sie die Polen nicht hintanziehen, damit sie nicht etwa das Volk hintanzieht, wenn es ganz aufgeklärt sein wird. Die geehrte Redaktion bitte ich sehr, dieses Schreiben zu drucken, und die anderen Blätter bitte ich, das hier Geschriebene wiederzugeben.

Mordenga.

Aus Nr. 87 der Nowiny Raciborskie (Katibor)
vom 28. Juli 1906:

Ein interessanter Fall!

Wir erfahren, daß in einer benachbarten Pfarodie der Seelsorger die polnischen Mütter auffordert, mit ihren kleinen Kindern zu Hause deutsch zu sprechen, denn dies erleichtere ihnen sozusagen die Fortschritte im Unterricht der deutschen Sprache in der Schule. Derselbe Geistliche soll auch jungen Mädchen abgeraten haben, in Krakauer Klöster einzutreten. Ein solches Verhalten eines Priesters in einer polnischen Pfarodie entspricht nicht der Aufgabe eines Gottesdieners. — Zunächst erlernen die Kinder früh genug die deutsche Sprache, dazu ist garnicht ein Ansporn seitens der Geistlichen notwendig. Dafür wird schon der Schulstock sorgen. Des Seelsorgers Pflicht ist es vielmehr, die polnischen Mütter dazu anzuregen, daß sie ihre Kinder zu Hause den Katechismus in der Muttersprache lehren sollen, denn nur dann können die Grundsätze des Glaubens in ihre jugendlichen Herzen eindringen.

Aus Nr. 172 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 1. August 1906:

Die Hakatisten unterstützen die von den Zentrumsleuten begonnene Agitation gegen die Pilgerfahrten nach Czestochau.

Der Dziennik Czestochowski teilt mit, daß an der preussischen Grenze die dortigen Behörden, den nach dem Czestochauer Kloster sich begebenden Pilgern ungeheure Schwierigkeiten bereiten. Den Hakatisten ist es darum zu tun, daß wir und unsere Brüder aus dem Posenschen mit den Landsleuten Polens im russischen Anteil nicht in Berührung kämen, damit wir uns an einem der dem polnischen Herzen teuersten Orte nicht geistig stärken. Nicht nur die Behörden, sondern auch die hakatistisch-deutschen Reptilienblätter verbreiten das beunruhigende Gerücht, daß in Czestochau ansteckende Krankheiten herrschten, und dergl. Ungereimtheiten, um nur die Leute von Pilgerfahrten abzuerschrecken.

Es muß bemerkt werden, daß in der Fremde, in Westfalen und im Rheinland, viele deutschkatholische Geistliche ebenfalls dagegen sind, daß in den für das Geld polnischer Pfarochianen errichteten Kirchen das Bild der Czestochauer Mutter Gottes angebracht werde, und sie geben sich alle Mühe, unsere Landsleute von dem Ankauf von Bildern der Czestochauer Mutter Gottes abzuhalten. Die Ursache eines solchen Verhaltens ist natürlich nur die feindliche Gesinnung gegen die Polen.

Aus Nr. 31 der Praca (Beuthen D.=S.)
vom 31. Juli 1906:

Betrifft den Verband gegenseitiger Hilfe für christliche Arbeiter Oberschlesiens.

Die Arbeiter der Myslowitzer Grube beklagen sich darüber, daß ihnen die Arbeitsordnung nur in deutscher Sprache eingehändigt wurde. Mit Recht beklagen sich

die Arbeiter über diese Willkür der Arbeitgeber. Diese wissen es gut, oder sie müßten es wissen, wenn sie als verständige Leute angesehen sein wollen, daß die Arbeitsordnung ein Vertrag ist, den der Arbeitgeber und Arbeitnehmer untereinander schließen, und daß der Vertrag zur Erlangung der Gültigkeit in einer für beide Seiten verständlichen Sprache abgefaßt sein muß. Da aber der größte Teil der Arbeiter die deutsche Sprache überhaupt nicht, oder nur sehr ungenügend beherrscht, so muß ihnen die Arbeitsordnung außer in deutschem Text auch in richtiger polnischer Übersetzung eingehändigt werden.

Der Verband gegenseitiger Hilfe rät den Arbeitern, von den Vertrauensmännern (Arbeitsausschüssen) zu verlangen, daß sie in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung den Antrag stellen sollen, den Arbeitern möge die Arbeitsordnung in polnischer Übersetzung eingehändigt werden. Mögen sich die Vertrauensmänner voranstehende Auslassungen sowie auf § 250 der allgemeinen Bergpolizei-Verordnung für den Bezirk des Oberbergamts in Breslau vom 18. Januar 1900 berufen, nach welcher die einschlägigen Vorschriften auf Gruben, in denen Arbeiter beschäftigt sind, welche nur der polnischen Sprache mächtig sind, auch in polnischer Sprache bekannt gemacht werden müssen.

So haben übrigens die Vertrauensmänner auch auf den anderen Gruben vorzugehen, in denen den Arbeitern die Arbeitsordnung nur in deutscher Sprache eingehändigt wurde. Wir machen die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie im Augenblick der Einführung der Arbeiterausschüsse ihre Beschwerde den Arbeitgebern durch Vermittelung der Arbeiterausschüsse vorzubringen und von diesen zu verlangen haben, daß berechnete Klagen der Arbeiter in den Sitzungen zur Sprache gebracht würden.

Der Verband gegenseitiger Hilfe für
christliche Arbeiter in Oberschlesien
zu Beuthen.

Krolif.

Aus Nr. 89 des Polak (Rattowitz)

vom 26. Juli 1906:

Ein Volksfest

Am verflossenen Sonntag in Dzieditz zur allgemeinen Zufriedenheit der dortigen Intelligenz und Volkskreise unter Beteiligung von Gästen aus Oberschlesien statt. Man amüsierte sich vortrefflich und es wurden Bekanntschaften unter Schlesiern des österreichischen und preussischen Landesteils geschlossen. Die Oberschlesier benützten die Gelegenheit ihres Aufenthalts in dem freieren Lande unter österreichischem Zepher dazu, nationale Lieder zu singen. Als auf die Klänge der Lieder „Boże coś Polskę“ und „Z dymem pożarów“ („Gott, der Du Polen“ und „Mit dem Rauch der Feuersbrünste“) die Kopfbedeckungen abgenommen wurden, nahm auch ein anwesender österreichischer Beamter die Mühe ab. — Wir sind neugierig, ob sich zu einer solchen Höflichkeit ein Beamter diesseits der Grenze verstehen würde?!

Aus Nr. 169 des Gornoslazak (Rattowitz)

vom 28. Juli 1906:

St. Annaberg.

Schon längst nahm ich mir vor, etwas darüber zu schreiben, wie unser Dörfchen aussieht. Wenn man Umschau hält, so sieht man an den Restaurationen, Buchhandlungen, Buchbindereien, Kramläden usw. nur deutsche Aufschriften. Und doch ist unser Ort und die ganze Umgegend polnisch, und man lebt hier von der

blutigen Arbeit des polnischen Volkes. Wenn diese Herren Krämer, Buchhändler und Restaurateure nur von deutschen Leuten leben sollten, dann würden sie bald bankrott worden! Meines Erachtens müßten alle Besucher unseres Ortes polnische Aufschriften verlangen. Zum Ablassfest am St. Anna-Tage und zu anderen Ablässen kommt eine unzählige Volksmenge hierher. Man sagt, daß sich die Zahl der Menschen manchmal auf 20 bis 40, ja sogar 60 Tausend belaufe. Das würde etwas bedeuten, wenn diese ihre Ansprüche geltend machen und fordern wollten, daß man ihre von den Urvätern ererbte Sprache achte, die Sprache, in welcher so wunderschöne christlich-katholische Lehren ein hl. Gieslaus und Hyazinth verkündet hatten, die zugleich mit der hl. Bronislawa aus dem Kreise Groß-Strehlitz stammten und zur Familie der Odrowonzy gehörten, deren Güter sich heute im Besitz der Grafen Strachwitz befinden. Bekanntlich sind der hl. Hyazinth und die hl. Bronislawa in Krakau, diesem polnischen, uns allen teuren Rom, begraben. Früher war in St. Annaberg mehr Polentum vorhanden, dem Menschen war es wohlher ums Herz, und aus allen Gegenden trafen hier Menschen ein, sogar aus sehr fernen Gegenden, denn diese Tradition stammte aus jener Zeit vor 200 Jahren, als Graf Gaschina, ein Gegner des Deutschtums und der Preußen, den hiesigen Kreuzweg angelegt hatte. Heute ist überall das Deutschtum, zum Teil an erster Stelle sogar am Kreuzweg vertreten. Diese Zehntausende von polnischen Pilgern, die hier alljährlich eintreffen, müssen sehen, wie auf polnischer Erde, gleich am Eingang des Kreuzweges, im Hofe, Stationen nur mit deutschen Namen angebracht sind. Ich will es nicht verschweigen, daß in der Kirche polnische Aufschriften sind, so war es aber offenbar seit den Zeiten des Gründers, dessen Muttersprache die polnische Sprache war. Was neu, was erst unlängst angeschafft worden ist, das riecht schon nach Deutschtum. Man könnte viel davon schreiben, wie sich in unserem Ort das Deutschtum breitmacht und die Zentrumspolitik blüht, worüber sich übrigens niemand allzusehr wundert, denn auch Wysocka, der Sitz des hochwürdigen Herrn Erzprieesters Glowacki, ist nahe gelegen, unserem St. Annaberge benachbart. Diese Politik haben wir jedoch schon satt. Immermehr breitet sich diese Überzeugung unter den Leuten aus, wenn sie an die von den Zentrumsleuten bewilligten Millionen für das Heer, die Flotte, die Kolonien, den Krieg mit den Chinesen und den armen Negern denken. Eine politische Versammlung kann man hier nicht einberufen. Wenn dies möglich wäre, wäre es gut zu fragen, ob es christlich und katholisch sei, daß das deutsche Heer in die Wüste Omaheke in Afrika 30 bis 40 Tausend arme Neger (samt Frauen und Kindern) getrieben hat, so daß die Armen dort umkamen, vor Durst starben, weil sie keinen Tropfen Wasser hatten. Man müßte auch fragen, ob es recht und billig ist, Hunderte von Millionen Mark für einen solchen Krieg zu bewilligen, wie es die Herren Zentrumsleute taten, zu denen der Herr Erzpriester Gl. gehört. Für heute schließe ich.

Ein Geispenst.

Aus dem Westen und dem Innern Deutschlands.

Aus Nr. 167 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 25. Juli 1906:

Betrifft den Josaphatsfonds.

Herr Anton Brejski hat aus Anlaß der unerhörten Angriffe in gewissen Zeitungen vor einem Jahre das

Amt des Schatzmeisters des Josaphatfonds niedergelegt und später dies Amt auf den dringenden Wunsch der Landsleute einstweilen von neuem übernommen bis der Josaphatfonds durch Gründung einer allgemeinen, der Aufsicht der Generalversammlung unterliegenden Organisation, nach dem Muster der in der Heimat bestehenden unterrichtlichen Hilfsvereine geregelt sein würde.

Da bis zu diesem Moment eine solche Organisation nicht geschaffen worden ist, sowie aus anderen sehr wichtigen Gründen, über die wir uns fürs erste nicht auslassen werden, hat Herr Anton Brejski das Amt des Schatzmeisters des Josaphatfonds in die Hände des Vorsitzenden des Komitees für Angelegenheiten des Josaphatfonds Herrn Fr. Matysak aus Wattencheid niedergelegt und zu dessen Händen den Bestand von 876,54 Mark überandt. Vom heutigen Tage ab nimmt Herr Anton Brejski Beiträge zum Josaphatfonds nicht entgegen.

Aus Nr. 171 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 29. Juli 1906:

Statutenentwurf

des Vereins zur Lehrbeihilfe unter Anrufung des hl. Josephat für die polnische Jugend in der Fremde.

§ 1. Unter dem Namen „Verein zur Lehrbeihilfe unter Anrufung des hl. Josephat für die polnische Jugend in der Fremde“ ist am 1906 ein Verein gegründet worden, dessen Sitz die Stadt Bochum ist.

§ 2. Aufgaben des Vereins ist die Unterstützung der polnischen Jugend, welche die mittleren und höheren Schulen besucht, besonders aber von jungen Leuten, welche sich dem geistlichen Stande widmen wollen.

§ 3. Mitglied des Vereins kann jeder unbefristete Pole werden, der vom Vorstand aufgenommen wird. Nur Söhne von Mitgliedern, die wenigstens 3 Jahre hindurch dem Verein angehört haben, können aus der Vereinskasse Unterstützung erhalten. Die spätestens sechs Monate vom Tage der Gründung des Vereins an Beitretenden werden als Berechtigte angesehen so, als ob sie dem Verein drei Jahre angehört.

§ 4. Jedes Mitglied ist verpflichtet, an die Vereinskasse einen Beitrag zu zahlen, welcher betragen soll a) für Arbeiter 2 Mk. jährlich oder 50 Pfg. vierteljährlich, b) für Kaufleute und selbständige Handwerker 20 Mk. jährlich oder 5 Mk. vierteljährlich.

§ 5. An der Spitze des Vereins steht der Vorstand, der sich aus 12 auf zwei Jahre gewählten Personen zusammensetzt. Alljährlich werden 6 Mitglieder gewählt. Mit dem Schluß des ersten Jahres tritt die Hälfte der Mitglieder durch Auslosung aus. Neuwahl ist zulässig. Die Väter von Stipendiaten können nicht Vorstandsmitglieder sein.

Der Vorstand wählt sich einen Vorsitzenden, dessen Vertreter, einen Schriftführer und einen Schatzmeister. Sie leiten die Angelegenheiten des Vereins, sammeln die Beiträge mit Hilfe von Vertrauensmännern ein und verwalten die Kasse. Über die Gewährung und Entziehung von Stipendien entscheidet der Gesamtvorstand mit $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlüsse bedarf es der Anwesenheit von mindestens sieben Mitgliedern. Die Vorstandsversammlungen beruft ein und leitet der Vorsitzende oder sein Vertreter.

§ 6. Eine ordentliche Generalversammlung findet alljährlich spätestens im Februar statt. Eine außerordentliche Generalversammlung muß stattfinden infolge Beschlusses des Vorstandes oder auf Verlangen von

50 Mitgliedern. Die Generalversammlung wählt mit Stimmenmehrheit in geheimer Abstimmung die Vorstandsmitglieder und einer Revisionskommission bestehend aus 3 Personen zwecks mindestens alle drei Monate einmal vorzunehmender Revision der Kasse, nimmt die Berichte des Vorstandes an oder lehnt sie ab und entscheidet in höchster Instanz über alle Angelegenheiten des Vereins mit Ausnahme von Angelegenheiten der Stipendiengewährung, worüber eine Diskussion in den Generalversammlungen unbedingt ausgeschlossen ist.

§ 7. Zur Statutenänderung und Vereinsauflösung bedarf es $\frac{3}{4}$ aller Mitglieder des Vereins.

§ 8. Die Generalversammlungen ruft der Vorsitzende, sein Vertreter oder eine andere von der Vorstandsmitgliedern autorisierte Person durch Bekanntmachung im Wiarus Polski ein. Die Bekanntmachung in anderen Zeitungen ist erwünscht.

§ 9. Personen, welche aus dem Verein austreten oder ausgeschlossen werden, sowie auch solche, welche die Rechtsfähigkeit einbüßen, verlieren alle Anrechte an das Vereinsvermögen, der Verein aber soll weiter bestehen.

§ 10. Im Falle freiwilliger oder zwangsweiser Auflösung des Vereins geht sein Vermögen in den Besitz des Vereins zur Lehrbeihilfe unter dem Namen des Karl Marcinkowski in Posen als Beihilfefonds für die polnische Jugend in der Fremde über. Sollte dieser Verein das Vermögen nicht annehmen wollen oder können, so fließt es in die Kasse der Akademie der Wissenschaften in Krakau mit derselben Bestimmung.

Aus Nr. 173 des Postemp (Posen)

vom 1. August 1906:

Laar im Rheinland, 27. Juli.

Ich warte von Tag zu Tag, ob eine Zuschrift aus Laar sich zeigen wird, aber vergebens. Unsere verschrienen Patrioten ziehen es vor, sich an deutsche Zeitungen zu wenden. Sie kennen wohl polnische Zeitungen nicht, höchstens den Wiarus Polski. Ihr Hauptorgan aber ist die Ruhrorter Volkszeitung, die sich ihrer auch sehr annimmt. Kein Wunder daher, daß sich manche hiesige Polen soweit vergessen, sich mit unseren Bursenfreunden zu verbrüdern.

Als Beweis diene nachstehende Tatsache: Wir haben hier in Laar den St. Antoniusverein, dessen Vorsitzender der Schneidermeister, Herr Michael Depa ist. Dieser Herr lud eine deutsche Person als Taufpatin, welche die Ruhrorter Volkszeitung eine deutsche ehrenwerte Dame nennt. Kennt jener Herr hier keine Polen? O ja, er kennt solche, denn er lebt doch ausschließlich von Polen, und so handelt der Vorsitzende eines ziemlich angesehenen Vereins. Was sagen diejenigen dazu, denen er als Vorsitzender als Muster voranleuchten soll? Ein schönes Muster, das muß man sagen! Aber gehen wir weiter! Am 11. Juli fand hier eine Volksversammlung in Sachen der Seelsorge statt. Denn wir haben hier zwar einen polnisch sprechenden Geistlichen, aber was nützt das, von polnischen Andachten ist nichts zu hören. Nach je einigen Wochen findet eine Vesper, aber nicht immer mit polnischer Predigt statt. Um das zu ändern, wurde jene Versammlung einberufen und gefordert, daß auch für uns Polen Andachten mit polnischer Predigt des Vormittags stattfinden sollten. Zu diesem Zwecke wurde eine Deputation gewählt, um mit dem Propst sich zu verständigen. In derselben Versammlung wurde auch der Streich des Herrn D. zur Sprache gebracht, was nicht gefiel. Was tut Herr Depa? Er wendet sich um Beistand an Fremde. Zuerst bot

ihm solche auch seine Schützerin, die Ruhrorter Volkszeitung an. Aber damit nicht genug! Er denunziert in seinem Verstandesmangel einen der hiesigen Polen wegen Schreibens einer Korrespondenz an den Wiarus Polski in Sachen des Bespionierens des Vereins durch die Polizei in der Kirche. Diese Korrespondenz hatte jener Herr nur auf sein — Depas — Zureden geschrieben, letzterer hatte sich aber überzeugt, daß man jenem dafür nichts anhaben könne. Er denunziert daher den Schreiber wegen des Handels mit verschiedenen Waren ohne Gewerbebeschein, — und die Sache kam vor Gericht. Hier muß bemerkt werden, daß Herr Spruliewicz, da er hier unter den Polen ziemlich weit bekannt ist, auf Bitten verschiedener Gewerbetreibender Waren anpries und Bestellungen entgegennahm, aber nicht, um daraus für sich Nutzen zu ziehen. Ist das hübsch? Ist das polnisch und katholisch, sich an jemanden auf diese Weise zu rächen, sich in den Gerichten herumzubalgen und die preußischen Gerichte zu mästen? Solch einen Schritt kann nur ein zurückgebliebener Mensch tun, — und dabei hat doch jener Herr nur die Waren polnischer Gewerbetreibender empfohlen, wie z. B. Bücher, Uhren, Uhrketten und verschiedene andere Sachen. Jener Herr will doch auch, daß man ihn als Handwerker unterstütze, was die hiesigen Polen auch tun. Ich frage aber: Ist ein solcher Mensch wert, unterstützt zu werden? Er will doch für einen guten Polen und Katholiken gelten, hält in Versammlungen und Sitzungen ungereimte Reden, und die Polizei will auf Grund dieses seines Unsinns den Verein, dessen Vorsitzender jener Herr ist, als politischen ansehen. Das wird ihr wohl auch gelingen, denn schon waren einige Prozesse und der Verein ist überall hineingefallen. Wir haben hier außer anderen Vereinen auch einen Gesangsverein „Wanda.“ Irgendwelche Herren haben es auf diesen Verein abgesehen, und sie bekämpften und bekämpfen ihn auf jede Weise. Es gab auch Leute, die soweit gingen, ihn auf der Polizei zu denunzieren, daß er nicht die durch die Satzungen vorgeschriebene Mitgliederzahl habe, — um nur der Polizei etwas in die Hände zu geben, damit sie den Verein auflöse, — aber der Mond kümmert sich nicht darum, daß ihn ein Hund anbellt. Der Verein entwickelt sich ungeachtet alles dessen und wir hoffen, daß es nicht gelingen wird, ihn durch Maulwurfsarbeit umzustürzen. Geehrte Landsleute! Diese Gehässigkeit, diese heuchlerische Arbeit müßte aufhören; man müßte mehr mit Hingabe gewissenhaft arbeiten, und nicht irgendwelcher Rücksichten, Ehren und Gewinne halber. So sagte Herr D. seinerzeit in einer Versammlung der polnischen Berufsvereinigung, er trete aus, da er doch davon keinen Nutzen habe. Meines Erachtens ist das doch, selbst wenn er keinen Nutzen davon haben sollte, eine Organisation des polnischen Arbeiters und jener Herr lebt doch als Handwerker ausschließlich von dem polnischen Arbeiter. Wenn irgendwelche Mißverständnisse mit einer Person vorkommen, so sollte man sich nicht an der Allgemeinheit dafür rächen. Charakteristisch in dieser ganzen Sache ist noch das, daß jene Ruhrorter Volkszeitung sich jenes Herrn so sehr annimmt. Er muß ihr guter Freund sein; denn als er in einer der Versammlungen den Postemp bekämpfte und ihn als arbeiterfeindlich hinstellte, erwähnte er der Ruhrorter Volkszeitung mit keinem Worte, obgleich ihm wohl bekannt ist, daß sie von den hiesigen Polen in ziemlich bedeutender Zahl abonniert wird. Weshalb fordert jener Herr in seinem Eifer nicht in erster Linie dazu auf, daß man die deutschen Zeitungen aus dem Hause hinauswerfe? Meines Erachtens hat ein aufrichtig polnisch-katholisches Blatt jede Existenzberechtigung und es ist unsere Pflicht, es zu unterstützen. Wenn man

das aber nicht tut, so soll man es wenigstens nicht in einer Weise bekämpfen, wie jener Herr; denn wenn jemandem, so steht gerade diesem Herrn am allerwenigsten das Recht zu, Blätter bezüglich ihres Werts zu kritisieren. Geehrte Landsleute! Es sind das traurige, aber wahre Tatsachen.

Ein Unparteiischer.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 61 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 1. August 1906:

Beuthen, den 29. Juli 1906.

In der Versammlung des polnisch-sozialdemokratischen Vereins waren trotz großen Regens 70 Personen erschienen. Genosse Trombalski sprach über das Thema: Arbeiterschutzgesetze in Deutschland. In der Diskussion ergriff ein Genosse das Wort, der die schlechten Grubenverhältnisse brandmarkte.

An die Stelle des Genossen Neumann, der abgereist ist, wurde Genosse Dziombla zum Kassierer gewählt.

Der diese Versammlung überwachende Beamte war der Ortsgendarm. In seiner Begleitung erschien irgend ein Mensch in Zivilkleidern, der sich nicht einmal vorstellte, wer er sei und zu welchem Zwecke er gekommen sei. Es heißt aber, daß dieser Zivilist ebenfalls Polizeibeamter, ein gewisser Korda, sei.

Dieser Herr Korda nun benahm sich keineswegs so, wie man dies bei uns von einem Gast zu verlangen pflegt. Im Laufe der Diskussion mischte er sich nämlich in unsere innere Angelegenheiten ein, indem er den Vorsitzenden nach dem Verufe eines Genossen fragte, der das Wort ergriffen hatte. Natürlich empfing er vom Genossen Trombalski anstatt einer Antwort auf diese lächerliche Forderung eine gründliche Abfertigung. Trombalski erklärte ihm, es sei nicht seine, Kordas, Sache, dies festzustellen. Obgleich sich Herr Korda vorläufig zufrieden stellte, so konnte er es dennoch, als Genosse Trombalski von neuem anfang die Sache zu erörtern, und den Versammelten erklärte, daß Herr Korda überhaupt gesetzwidrig hier anwesend sei, und daß ein Recht, Fragen nach Feststellung des Berufs der Redner zu stellen, nur ausschließlich der hier anwesende uniformierte Beamte besitze, — offenbar nicht länger aushalten, denn er wandte sich zu dem Beamten und flüsterte ihm zu, er solle dem Redner verbieten zu sprechen. Der Gendarm erhob sich und sagte: „Ich verbiete dem Redner weiter zu sprechen.“ Darauf entgegnete Genosse Trombalski: „Sie haben hier nichts zu verbieten.“ Der Gendarm setzte sich wiederum hin in der Meinung, er habe erledigt, wozu er von Herrn Korda beauftragt worden war. Indes wendet sich Herr Korda von neuem an den Gendarm und sagte: „Fordern sie den Redner zum Verlassen des Lokals auf.“ Den Befehl ausführend, nähert sich der Gendarm dem Genossen Trombalski, um ihn zu entfernen. In diesem Augenblick schließt aber der Vorsitzende die Versammlung, und der Gendarm gibt seine Absicht auf.

Herr Korda scheint sich in der Auflösung von Versammlungen zu üben. Unlängst löste er zwei Versammlungen in Kattowitz auf, gegenwärtig verursachte er wieder in Beuthen Störung. Nicht genug damit! Nach Schluß der Versammlung, wo es die Polizei nichts mehr angehen sollte, was im Lokal vorgeht, fragte Herr Korda noch: „Was wollen diese Leute hier, ist doch die Versammlung bereits geschlossen?“

Natürlich mußte sich Herr Korda wieder folgende kategorische Erklärung des Genossen Trombalski einstecken und mit nach Hause nehmen: „Das geht sie nichts an, was die Leute hier wollen.“

Wir denken, daß diese Lektion genügt, um Herrn Korda zu belehren, daß man sich an die gesetzlichen Vorschriften halten soll, denn dazu sind sie gegeben.

Aus Nr. 60 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 28. Juli 1906:

Die Nationalen sehnen sich nach der preußischen Pickelhaube.

Der heftige Kampf, den die polnische Arbeiterklasse im russischen Landesteil seit zwei Jahren gegen das barbarische Zarum die Erlangung politischer Freiheit führt, traf sofort auf die Gegenarbeit der heimatischen Konterrevolution, die sich unter die Fahnen der sogenannten Nationaldemokratie scharte. Die Partei, welche die Klasseninteressen der Agrarier und Fabrikanten verteidigt, griff dabei zu den gemeinsten Mitteln: es wurden gegen die Arbeiterklasse die nichtswürdigsten Verleumdungen geschleudert, es wurde ihr vorgeworfen, daß sie durch die fortwährenden Streiks das Land dem Ruin entgegenführen, daß sie für preußisches Geld im Interesse des preußischen Königs tätig sei usw.

Darin wurde diese Partei einmütig von der ganzen polnischen Presse in unserem Landesteil unterstützt. Noch vor einigen Tagen rang ein solcher Dziennik Rujawski, der vor Jahren von einem Verzahnungsparteiler reinsten Wassers, dem polnisch sprechenden Preußen Herrn Admiralski, dem gegenwärtig großen Patrioten vom Verein „Straz“ Herrn v. Koscielski gegründet worden ist, aus Verzweiflung die Hände darüber, daß die Arbeit der polnischen Sozialisten einem nationalen Verrat gleichkomme, weil sie für die benachbarten Annexionsstaaten in polenfeindlichem Geiste arbeite.

Das Gerücht von dem Einmarsch preußischer Truppen in das Königreich Polen erhält sich trotz des Dementis seitens der Regierung immer noch. Unsere sogenannte völkische Presse verschweigt aber wesentlich, was die preußische Regierung zu einem solchen wahnsinnigen Schritte drängt. Diese Frage ist schon lange geklärt: Diese Regierung sieht, daß die Revolution im russischen Reich siegreich sein wird, und dann wird sich der russische Annexionsteil, der an der Revolution durch die polnische Arbeiterklasse tätigen Anteil nimmt, die Autonomie erkämpfen. Dies fürchtet aber die preußische Regierung am meisten, denn die Freiheiten, die der russische Annexionsteil haben wird, werden auf die polnischen Landesteile des preußischen Staates ansteckend wirken. Die preußische Regierung mußte dann ihre polenfeindliche Politik ändern. Unser Bruderorgan, der Berliner Vorwärts, weist auch in der Nummer vom 24. Juli in dem „Gegen ein autonomes Polen“ überschriebenen Artikel darauf hin, daß gerade diese Furcht vor der Erlangung der Autonomie die preußische Regierung zur aktiven Einnischung in die Angelegenheiten des russischen Reichs bewegt.

Die sogenannte Nationaldemokratie, die Agrarier und Fabrikanten, fürchten eine Autonomie, die von dem Proletariat erkämpft wäre, denn dieses würde sich in ihr möglichst viel politische Errungenschaften sichern, die ihm dann die Führung des Klassenkampfes in der Richtung nach Verwirklichung des sozialistischen Staats erleichtern würden.

Als im November 1905 das Gerücht von einer preußischen Okkupation zum ersten Male verbreitet

wurde, wurde diese Okkupation als die schrecklichste Niederlage, als der empfindlichste Schlag, der die Nation treffen könnte, als eine Drohung fast völliger Ausrottung bezeichnet. Dies geschah in den Spalten der nationaldemokratischen Presse. Jetzt nimmt die gleiche Presse einen ganz entgegengesetzten Standpunkt ein. Die preußische Okkupation wird von diesen gleichen Nationaldemokraten als das letzte Rettungsmittel für die zerrüttete Volksgesamtheit bezeichnet.

Hören wir nur, was der Warschauer Dziwn Polski, das Organ dieser Partei, schreibt:

„Die polnische Volksgesamtheit im Königreich verhält sich gegen dies Gerücht (daß ist der preußischen Okkupation) gleichgültig. Die Ursache dieser Gleichgültigkeit ist nämlich keineswegs die Überzeugung von der Möglichkeit einer Intervention. Mit der Möglichkeit einer solchen Wendung der Ereignisse rechnet die öffentliche Meinung, und sie ist mit dieser Eventualität, die noch unlängst so gefährlich erschien, einverstanden.“

Die „Volksgesamtheit“, das sind die Agrarier, Kapitalisten und das polnische Kleinbürgertum hat jetzt nichts mehr gegen einen preußischen Einfall. Was ist geschehen, was hat sie in eine so verzweifelte Stimmung versetzt? Nichts anderes, als das Klasseninteresse. Der Dziwn erklärt in seinem Artikel weiter:

„Unsere Industrie ist an sich schon vernichtet, der Handel unterbunden. Die Anarchie hat dem Lande bereits diejenigen Schäden angerichtet, mit denen ihm eine preußische Okkupation drohen würde. Dagegen würde uns letztere wenigstens Zucht und Ordnung im Lande, eine gute und starke Verwaltung und öffentliche Sicherheit vergewissern. Sie wäre zwar für die Entwicklung unseres nationalen Lebens gefährlich; ist aber die Anarchie, die wir im Lande haben, und diejenige, die aus Rußland zu uns kommen kann, wenn der Lauf der Ereignisse die bisherige Bahn weiterstreiten wird — für uns nicht ebenso gefährlich?“

Einfacher gesagt: Für die Sicherung der Zucht und Ordnung im Lande, für eine gute und starke Verwaltung und für die öffentliche Sicherheit — das sind alles Dinge, welche die Möglichkeit bieten würden, weiterhin ein Schmarogerleben zu führen — ist die Nationaldemokratie bereit, sich mit der „für die Entwicklung unseres nationalen Lebens gefährlichen“ preußischen Okkupation einverstanden zu erklären. So sieht die patriotische „Volksgesamtheit“ aus!

Die Hauptsache ist: Wenn nur unsere Industrie und unser Handel blühen wollte, d. h. wenn wir nur ruhig die unbezahlte Arbeit der polnischen Arbeiter einheimen könnten.

Wie einfach und klar ist das! Die Erlösung der „Volksgesamtheit“ nur in der preußischen Pickelhaube. Die nationale Partei zettelt Nationalverrat an. Davon unterrichten unsere völkischen Blätter ihre Leser nicht. Keins von ihnen befaßte sich mit der Besprechung jenes charakteristischen Artikels des Dziwn Polski, keins schlug Alarm. Man zog es vor, wie es der Dziennik Rujawski tat, die Sozialisten weiter zu verleumden dafür, daß sie um die Autonomie kämpfen, daß „sie sich verräterische Arbeit im Interesse der benachbarten Staaten zuschulden kommen lassen“. Es fand sich sogar der „völkische“ Posener Drendownik, der den Standpunkt des Dziwn Polski akzeptierte, denn er gab ihn nach dem Organ der polnischen Agrarier in Galizien, dem Krakauer Czas, ohne jeglichen Kommentar wieder.

Der Drendownik schrieb vor einigen Tagen wie folgt:

„Heute versetzt der Gedanke von dem Einmarsch der Preußen fast niemanden mehr in Bestürzung. Die

einerseits von den Vertretern der Behörden, andererseits von den revolutionären oder anarchistischen Elementen terrorisierte Volksgesamtheit hat schon einen solchen Grad von Nervosität und Erbitterung erreicht, daß es mit Anerkennung sogar den Preußen begrüßen würde, wenn dieser Preuße Zucht und Ordnung einführen wollte. In dieser Beziehung hat sich die Stimmung der Bevölkerung im Laufe des verflossenen Jahres einer radikalen Änderung unterworfen, und sogar das Warschauer nationale Hauptorgan erwägt in einer seiner letzten Nummern kaltblütig die Eventualität und die möglichen Vorteile einer preußischen Invasion“.

Wenn sich die preußische Regierung in ihrer Verblendung zu dem wahnsinnigen Schritt, ihre Truppen in das Königreich zu werfen, entschließen wird, so weiß sie schon von vornherein, daß sie von der sogenannten Nationaldemokratie, den Agrariern, Fabrikanten und der Kleinbürgerschaft gern gesehen und willkommen geheißen sein wird.

Ebenso weiß sie, daß sich auch die entsprechenden Elemente im preußischen Landesteil auf ihre Seite stellen werden.

Dagegen wird sie anders vom polnischen Volke begrüßt werden, von dem Volke, welches in Fabriken und auf dem Felde arbeitet. In der polnischen Stadt- und Landarbeiterklasse wird sie einen unverjöhnlichen Feind haben. Auch die deutsche Arbeiterklasse wird nicht untätig sein ...

Denn die internationale Solidarität des Proletariats ist kein leerer Schall!

Aus Nr. 98 des Robotnik (Warschau)

vom 20. Mai 1906:

Wie spielt die Kaze mit der Maus?

Die letzte Post bringt uns zwei interessante Depeschen. Die Duma hat nach ihren Geburtswehen, die eine ganze Woche angehalten haben, — die Antwort auf die Thronrede zur Welt gebracht. Es wurde eine Deputation gewählt, die dem Zaren diese beweinswerte Antwort der konstitutionellen Lumpen überbringen sollte. Eine ganze Woche hindurch bemühte sich die bewegliche Zunge Rodiczewski aus dieser Antwort jeden Ausdruck zu entfernen, der den größten Verräter Rußlands — Nikolaus den Letzten — unangenehm berühren konnte. Als schon aus dieser Antwort alles entfernt war, aus dieser Antwort, die ein vernichtender Anklageakt hätte sein sollen, die aber eine Bitte um Hilfe seitens der Leute war, die sich schämen zu betteln, da hörte die Duma, daß der Zar die Deputation, die ihm die Antwort überreichen sollte, gegenwärtig nicht empfangen wollte. „Ich will es so, denn ich bin der selbstherrschende Zar und ihr habt den Augenblick zu erwarten, in dem ich euch zu sehen wünsche.“ — Mögen also Hunderttausende von Leuten weiter in den Gefängnissen verfaulen, möge die Verzweiflung Millionen zum Wahnsinn bringen, mögen die Kriegsgerichte weiter Todesurteile fällen. Was kann das den Zaren angehen — den Selbstherrscher. Wenn die Kaze die Maus fängt, dann legt sie ihre Tazge auf sie. Sie würgt sie. Sie greift fester mit den Poten zu, freut sich an der Angst des Opfers und läßt sie dann nach einem Augenblick einen Schritt weit frei. Ebenso verhält sich die räuberische Kaze in Peterhof. Die Deputation mit der Antwort hat sie nicht empfangen, sie kränkte sie in ihrer Würde, sie gab ihr zu verstehen, daß sie sich aus den Bitten und Forderungen der Vertreter der Nation nichts machte. Nachdem sie sich eine Zeit lang an der

Schande dieser Duma geweidet hatte, sandte sie nach ihrem Präsidenten und erlaubte ihm an ihrer allerschönsten Seite ein Frühstück, das leider nicht vergiftet war, einzunehmen. Die Maus atmete für eine Weile auf. Und da die Mäuse kein Ehrgefühl haben, so schmeckte das Frühstück sogar Herrn Muromcew.

Aus Nr. 100 des Robotnik (Warschau)

vom 23. Mai 1906:

1 220 800.

Die Herausgabe der ersten Nummer des Robotnik war eine revolutionäre Tat. Trotz aller Verfolgungen der zarischen Schergen eroberte man diesen Posten und hielt ihn fest. Von ihm aus verbreitete sich das freie, durch nichts gefesselte Wort über das ganze Land, von ihm ging die soziale Lehre aus, die zum revolutionären Kampfe anfeuerte.

Die erste Nummer des Robotnik erschien am 14. Juli 1894, ein Jahr nach der Gründung unserer Partei. Ungeheure Schwierigkeiten wurden überwunden, und das Erscheinen des Robotnik wurde gesichert.

Der Robotnik war lange Jahre hindurch die einzige sozialistische Zeitung im Lande, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit erschien. Bis zum Jahre 1904 erschien der Robotnik durchschnittlich kaum alle zwei Monate. Im Jahre 1905 erschien er monatlich, und im Verlaufe von 5 Monaten in diesem Jahre sind schon 30 Nummern erschienen. Längere, halbjährliche Unterbrechungen im Erscheinen traten ein: nach Nr. 6 im Jahre 1905 (nach zahlreichen Verhaftungen) und nach Nr. 38 im Jahre 1900—1901.

Im einzelnen stellt sich die Statistik folgendermaßen dar:

Jahr	Nummern
1894	— 6
1895	— 6
1896	— 7
1897	— 6
1898	— 5
1899	— 5
1900	— 3
1901	— 5
1902	— 4
1903	— 6
1904	— 5
1905	— 12
1906 bis 23./5	— 30

Von Nr. 89 an beginnt der Robotnik zweimal wöchentlich zu erscheinen und nach einer kurzen Zwischenzeit, von Nr. 95 an, erschien er als Tageszeitung.

Die Druckerei des Robotnik fiel im Verlaufe dieser 13 Jahre nur einmal in die Hände der Gendarmen, und zwar 1900 in Lodz.

Bald darauf erschien eine Nummer mit der Zeichnung der alten Maschine.

Die Nummern 1—50 enthalten 600 Seiten; Nummern 50—100 enthalten 394 Seiten; die Nummern 1—50 sind vertrieben worden in 54 600 Exemplaren, die Nummern 50—100 in 1 116 000 Exemplaren, zusammen also 100 Nummern mit 994 Seiten in 1 220 800 Exemplaren.

Was die Zahl der Exemplare anbetrifft, so sind die Ziffern folgende:

Nr. 1 erschien in 1000 Exemplaren, Nr. 50 in 2800 Exemplaren, Nr. 64 in 20 000 Exemplaren, von Nr. 65 an 30 000 Exemplare, von Nr. 78 an mit geringen Ausnahmen je 35 000 Exemplare. Ausnahmeweise erschienen auch mehr Exemplare bis 50 000.

Dieses durch sich selbst imponierende Anwachsen ist eine bezeichnende Offenbarung des Anwachsens der sozialistischen Bewegung. Es kann jedoch nicht der endgültige Maßstab für das Aufblühen unserer Partei sein, da unter den Verhältnissen der verschwörerischen und ungezüglichen Arbeit, die Presse selbst bei der besten technischen Organisation, die alle Grenzen der kühnsten Denkart überschreitet, nicht alle Bedürfnisse der organisierten Massen befriedigen kann. Ein klares Beispiel hierfür bietet der Kurjer Codzienny, der bei einer Auflage von 40 000 Exemplaren nur einen Teil der Bedürfnisse befriedigen konnte, und das während des Poststreiks.

Aus Nr. 100 des Robotnik (Warschau)

vom 23. Mai 1906:

Aus Ostrolenka.

In Ostrolenka beteiligten sich an der Feier des 1. Mai auch Sappeursoldaten und Telegraphisten. Sie verweigerten ihre Beteiligung an der Musterung, indem sie erklärten, daß der 1. Mai ein Feiertag wäre. Ein Offizier fragte sie, welcher Feiertag es denn wäre? Die Soldaten antworteten: „Ein Feiertag der internationalen Sozialdemokratie!“ Die Soldaten wurden nicht in die Stadt hineingelassen, da man befürchtete, daß sie gemeinsam mit den Arbeitern Demonstrationen veranstalten würden.

Aus Nr. 105 des Robotnik (Warschau)

vom 30. Mai 1906:

Die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens in Lodz.

(Schluß.)

Das Lokalkomitee der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (L. A. S. D. A. P. i. L.) antwortete folgendes:

An das Lodzer Arbeiterkomitee der polnischen sozialistischen Partei.

„Wie ihr schon selbst zugegeben habt, finden wir in eurem Briefe vom 13. Mai keine Antwort auf unseren Brief vom 12. Mai.

Wir forderten in unserem Briefe eine Erklärung über die Schritte, die von Leuten, die sich Mitglieder der P. P. S. nannten, gemacht worden sind. Der allein bevollmächtigte Richter in dieser Angelegenheit ist eure Organisation, und sie ist vor allen Dingen verpflichtet, ihr Urteil über diese Sache zu fällen.

Von einer Untersuchung durch eine von beiden Parteien gestellte Kommission konnte erst dann die Rede sein, wenn in der Beurteilung dieser Schritte oder der Tatsachen selbst, es zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Parteien kommen sollte. Indessen hattet ihr die Absicht, euch der Verantwortlichkeit in dieser Angelegenheit zu entziehen.

Infolge des vorstehenden sind wir gezwungen zu glauben, daß die Verantwortung für die Überfälle auf unsere Genossen, die schon ausgeführt und geplant sind, nicht auf die einzelnen Personen fällt, die sich Mitglieder eurer Partei nennen, sondern auf eure Organisation. Im Interesse des polnischen Sozialismus, der durch ähnliche Vorfälle verjüngt ist, halten wir es für unbedingt erforderlich, die Tatsachen zugleich mit der ganzen, in dieser Angelegenheit geführten Korrespondenz zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Als Antwort auf euren Vorschlag, der im Beschluß des Exekutiv-Komitees enthalten und uns in eurem Briefe gemacht worden ist, teilen wir euch folgendes mit:

Die Untersuchung der Vorfälle vom 10. Mai schlug einer unserer Genossen Mitgliedern eurer Organisation sofort nach dem Vorfall bei Start vor. Es fand dies in der Fabrik von Grohmann statt, auf Bemerkungen der Art hin, daß die Sozialdemokraten alle Verräter, Spitzbuben, Lumpen usw. wären. Eure Genossen wichen dem aus. Der Vorfall in der Starkischen Fabrik wurde trotzdem in unserer Versammlung in der Grohmann'schen Fabrik untersucht, und zwar unter Teilnahme anderer eurer Genossen. Augenzeugen des Vorfalls erklärten damals, daß die Schuld an dem Vorfall auf der Seite der Vertreter der P. P. S. gelegen hätte.

Insofern jedoch eure Organisation in dieser Angelegenheit anderer Ansicht ist, sind wir bereit, der Untersuchung der Vorfälle vom 10. Mai durch ein Schiedsgericht beizustimmen. Wir schließen jedoch von den Dingen, mit denen sich das Schiedsgericht befassen soll, vollkommen die Angelegenheit aus, die sich mit der Art und Weise beschäftigt, wie man Wiederholungen derartiger Vorfälle verhindern kann. Wir sind der Ansicht, daß diese Angelegenheit von jeder Organisation besonders erledigt werden muß.

Weiter verlangen wir, daß in das Gericht außer den Delegierten beider Organisationen noch ein bei der ganzen Sache nicht beteiligter Vertreter der sozialdemokratischen Organisationen gewählt wird, und wir schlagen vor, einen Vertreter des „Bund“ zur Teilnahme an dem Gericht zu laden.

Lodz, den 14. Mai 1906.

L. A. S. D. A. P. i. L.

* * *

Unser letzter Brief hat folgenden Wortlaut:

An das L. A. S. D. A. P. i. L.

Eure Antwort vom 14. d. Mts. ist so unverständlich, daß wir uns erlauben, den Verlauf der ganzen Angelegenheit kurz zusammenzufassen. Euer Brief vom 12. d. Mts. sprach von einem Angriff auf euren Vertreter in der Fabrik von Benich und von dem Gerücht, daß unsere Organisation ihn ausgeführt hätte. Im weiteren Verlaufe erklärt ihr selbst verhältnismäßig ernst, daß ihr davon überzeugt seid, daß wir dies nicht getan haben, und ihr wendet euch an uns mit der Aufforderung, entsprechende Schritte zu unternehmen, um die geheimnisvollen Morde zu verhindern. (Ihr spricht nicht von eurer Forderung, die Taten zu untersuchen, die von Leuten, die sich Mitglieder der P. P. S. nennen, verübt worden sind, wie es in eurem Briefe vom 14. d. Mts. heißt.) Am Schluß des Briefes folgten Drohungen. Die unpassende Form des Briefes hielt uns indessen nicht ab, uns mit euch über eine so wichtige Frage zu verständigen. In unserem Briefe vom 13. d. Mts. schlugen wir euch vor, eine gemeinsame Kommission zu bilden, (nicht ein Gericht, wie ihr schreibt) die die Angelegenheit untersuchen und Mittel ausfindig machen sollte, die den Zweck haben sollten, Anschläge zu verhüten. (Wir gaben euch also Antwort auf eure formelle Forderung, die in eurem Briefe vom 12. d. Mts. enthalten war. Wir bemühen uns, euch ausführlich zu erklären, wie wir die Angelegenheit aufgefaßt haben. Infolge der vollkommen verständlichen Entrüstung, die unter den Arbeitern nach den letzten Vorfällen herrscht, hielten wir es für angebracht, die Angelegenheit völlig zu klären, und dies ist nur möglich, wenn man beide Teile hört. Wir hatten und haben noch die Hoffnung, daß es dann klar zu Tage treten würde, daß keine

sozialdemokratische Organisation sich an dieser Art von Morden irgendwie beteiligt hatte.

Was die Schritte anbetrifft, die solche Angriffe verhüten sollen, so tut unzweifelhaft jede Organisation das, was ihr zukommt, aber wir sind der Meinung, daß man diese Art von Schritten am besten gemeinschaftlich beraten sollte. Ein gemeinsames solidarisches Auftreten beider Organisationen gegen diese Art von Missetaten, würde eine ungeheure moralische Bedeutung haben und würde die entrüsteten Arbeitermassen beruhigen.

Dies waren die Beweggründe, die unsere Antwort veranlaßten. Jetzt kommen wir zur Beantwortung eures Briefes vom 14. d. Mts. Im Anfang desselben ist davon die Rede, daß wir selbst erklären, euren Brief vom 12. d. Mts. nicht beantworten zu wollen. In unserem Briefe ist nur die Rede davon, daß wir, trotzdem Form und Inhalt desselben eigentlich jede Antwort unmöglich machen, dennoch antworten wollen und zwar mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Angelegenheit. Ihr schreibt weiter:

... wir forderten in unserem Briefe die Untersuchung der Schritte, die von Leuten, die sich Mitglieder der P. P. S. nannten, getan worden sind. Indessen steht in eurem ersten Briefe etwas ganz anderes: „Wir wenden uns an eure Organisation mit der Forderung, entsprechende Schritte zu tun, um die geheimnisvollen Morde und die mörderischen Überfälle, die unter der Standarte des Sozialismus geplant und ausgeführt sind, zu verhindern.“ Diese Forderung beantworten wir mit unserem formellen Vorschlag in unserm Briefe vom 13. d. Mts.

Ferner ist in eurem Briefe davon die Rede, daß die Angelegenheit durch eine von beiden Parteien gestellte Kommission erst dann untersucht werden kann, wenn in der Beurteilung der Tatsachen es zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Parteien kommen sollte und unsere Partei bewußt die Absicht haben sollte, ihre Erklärung in dieser Angelegenheit zurückzuziehen, insolgedessen ihr unsere Organisation für die Angriffe, die in unserem Namen verübt worden sind, verantwortlich macht und die Tatsachen zur öffentlichen Kenntnis bringen wollt.

Wir wollen eure Stellungnahme in dieser Angelegenheit auf keine Weise beeinflussen, wir wollen auch keine Bemerkungen über die Logik eurer Anträge machen, wir bemerken nur folgendes:

1. Da wir eure Ansicht und Beurteilung der Tatsachen nicht kennen, sind wir nicht imstande, ihre Berechtigung zu prüfen, können also auch nicht feststellen, ob sie mit unsern Ansichten auseinander laufen. Wir überlassen dies der Kommission.

2) Bewußt die Antwort vermeiden kann man nur dann, wenn man eine Frage nicht beantwortet, während in eurem Briefe keine Frage enthalten war.

Die letzten Absätze im ersten Teil eures Briefes, die von der Veröffentlichung der Tatsachen sprachen, zwangen uns anzunehmen, daß alle Verständigungen zwischen uns über diese Angelegenheit beendet sind. Indessen finden wir zu unserem Erstaunen weiter unten die Antwort auf unseren Vorschlag, wenn auch in veränderter Form. (Wir schlugen kein Gericht vor, sondern eine Kommission.) In Beantwortung dessen, was ihr uns über die Vorfälle vom 10. Mai mitteilt, erklären wir, das wir durchaus nicht erstaunt sind:

1. daß einige Augenblicke nach der Ermordung des Genossen in der Stark'schen Fabrik unsere Genossen nicht imstande waren, diese Angelegenheit zu untersuchen,

2. daß die Untersuchung dieser Angelegenheit durch euch, weil Ihr Partei seid, durchaus nicht maßgebend ist,

auch wenn sie in Gegenwart mehrerer unserer Genossen stattgefunden hat.

Wir haben durchaus nichts gegen eine Untersuchung der Angelegenheit durch ein Schiedsgericht, aber in diesem Falle möchten wir diesem Gericht nicht die Ermordung in der Stark'schen Fabrik unterbreiten, sondern auch den Überfall auf euren Vertreter bei Benich, sowie evtl. auch andere Vorfälle gleicher Natur.

Wenn ihr hiermit einverstanden seid, dann haben wir nichts gegen die Berufung des Vertreters des Bundes zum Unparteiischen.

Am Schlusse eures Briefes schreibt ihr, daß ihr von den Dingen, mit denen sich das Schiedsgericht befassen soll, vollkommen die Angelegenheit ausschließt, die sich mit der Art und Weise beschäftigen soll, wie man Wiederholungen derartiger blutiger Vorfälle verhindern könnte, denn ihr schreibt, daß dies von jeder Organisation besonders erledigt werden müßte.

Über die Erledigung dieser Angelegenheit haben wir unsere Ansicht vorstehend bei der Besprechung der Gründe, die unsere erste Antwort leiteten, ausgesprochen. Wir haben nicht die Absicht, nochmals auf die Sache zurückzukommen, wir beschränken uns darauf, zu erinnern, daß wir kein Gericht vorgeschlagen haben, sondern eine Kommission, denn selbstverständlich kann ein Gericht nur das Urteil beraten und fällen, nicht aber Vorbeugungsmittel für die Zukunft ersinnen.

Am Schlusse unserer langen Antwort wiederholen wir nochmals, daß wir nichts gegen ein Schiedsgericht haben, unter der Bedingung, daß nicht nur die Angelegenheit in der Stark'schen Fabrik, sondern auch andere analoge Fälle untersucht werden.

Die Exekutive des L. K. R. P. P. S.
den 15. Mai 1906.

* * *

Aus der vorerwähnten Korrespondenz geht hervor: Die Sozialdemokratie Polens und Litauens war mit der vorgeschlagenen Kommission, die alle Vorfälle hätte untersuchen können, nicht einverstanden. Sie zog es vor, in ihrem Bericht die Vorfälle in lügenhafter Weise öffentlich darzustellen, unsere Partei zu verleumden und sie für alles verantwortlich zu machen.

Die Vorwürfe, die auf solche Art gemacht sind und von solcher Seite herrühren, verletzen uns nicht.

Die Gesamtheit der Arbeiter weiß jetzt gut, daß, während wir uns bemühten, die Angelegenheit durch eine gegenseitige Verständigung zu erledigen, die Sozialdemokratie einen anderen Weg einschlug, den Weg, mit Hilfe von Lügen und Verleumdungen Haß in den Reihen der Arbeiterschaft zu verbreiten.

Die Sozialdemokratie widerspricht sich selbst, wenn sie uns aus dem Sumpfe ziehen will, in dem sie selbst steckt. Denn nachdem sie uns öffentlich als Verräter, Mörder, gebrandmarkt hat, nachdem sie ihr Urteil über uns schon gefällt hat, schlägt sie uns ein Schiedsgericht vor und zwar nicht nach 24 Stunden, wie sie dies von uns gefordert hat, sondern nach fünftägigem Überlegen. Mit dem Gericht sind wir einverstanden, aber wir verlangen, daß das Gericht auch die Art und Weise untersucht, in welcher in dieser Zeit alle Vorfälle in der Presse veröffentlicht worden sind, als die Verhandlungen noch nicht beendet waren, sowie das über uns seitens der Sozialdemokratie gefällte Urteil.

Fassen wir noch einmal alles kurz zusammen, was wir gesagt haben:

1. Die Sozialdemokraten Polens und Litauens haben mit Hilfe der abscheulichsten Mittel Haß gegen uns geschürt.

2. Sie handelten im Bunde mit den Nationaldemokraten, sie flüchteten sich unter den Schutz der Bajonette, wodurch der hervorgerufene Haß den höchsten Grad erreichte.

3. Sie bereiteten einen bewaffneten Widerstand gegen die Proteste der zielbewußten Arbeiter vor, sie handelten mit der Waffe in der Hand, um den Protest gegen die Duma abzuschwächen.

4. Nach den Vorfällen zogen sie es vor, uns mit Schmutz zu bewerfen, sie vermieden eine gegenseitige Verständigung, wodurch allein derartige Vorkommnisse Einhalt geboten werden konnte.

So verhält sich die ganze Sache. Die Gesamtheit der Arbeiter wird ihr gerechtes Urteil fällen.

Das unschuldige Blut, daß am 10. Mai vergossen worden ist, fordert: das Einstellen der Taktik, Haß in den Reihen der Arbeiterschaft zu erwecken, das Einstellen der Art und Weise, den Gegner mit Schmutz zu bewerfen, das Einstellen gemeiner Verleumdungen. Dasselbe fordern auch wir.

Aus Nr. 106 des Robotnik (Warschau)

vom 31. Mai 1906:

Übersicht der Presse.

Der Proletarjusz, das Organ der sogenannten polnischen sozialistischen Partei Proletariat beginnt in der letzten Zeit sich der Bourgeoisie und der Kapitalisten zu bedienen. Er veröffentlicht einen Artikel, in dem er anführt, daß die Sozialdemokratie und zum Teil auch die P. P. S. unnötige Streiks ins Leben rufen und daß sie es nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, sie selbst in dem Falle zu verhindern, wenn sie durchaus keine Aussicht auf Erfolg haben. Wir haben es nicht nötig hier eine Antwort darauf zu geben, was die Sozialdemokratie tut oder nicht tut. Es unterliegt keinem Zweifel, daß manche Agitatoren, die unter den unaufgeklärten Volksmassen operieren, sich von einer schädlichen, ja sogar verbrecherischen Demagogie leiten lassen, in gewissen Fabrikgegenden Streiks hervorrufen, welchen Gegenden sich dann in dem Gefühle der Solidarität andere Fabrikgegenden anschließen. Der Parteieinfluß ist in solchen Fällen nicht im Stande, die Gefühle der Solidarität zu unterdrücken, die von den Demagogen, die in schlechtem Glauben handeln, gemißbraucht werden. Aber die P. P. S. *) hat keine Streiks auf dem Gewissen, die der Streiks selber wegen hervorgerufen wurden. Im Gegenteil! Wo sie nur kann, scheut die Partei keine Anstrengungen, um Streiks, die keine Aussicht auf Erfolg haben, gleich im Beginn zu unterdrücken, und dies selbstverständlich nur zum Wohle der Arbeiter. Aber nicht immer gelingt dies. Man muß mit der allgemeinen revolutionären Bewegung im Lande rechnen, man muß mit der Atmosphäre rechnen, die der Kriegszustand geschaffen hat, vor allem aber mit dem Mangel an Klarheit. Die Demagogen, die im Dunkel der verschwörerischen Nacht arbeiten, haben eine leichtere Aufgabe. Aber möge nur der Kriegszustand aufgehoben werden, möge nur die Revolution die bürgerliche Freiheit erobern, mögen nur die Berufsverbände ihre Existenz befestigen, dann wird sich die Situation ändern. Aber sie wird sich durchaus

nicht ändern unter dem Einfluß der Lasterungen der Presse der Bourgeoisie, der als einzige „sozialistische“ Stimme der Proletarjusz Gesellschaft leistet. Sie wird sich dann aber aus dem Grunde ändern, weil man unter dem Regiment der Offenheit die demagogischen, unverständlichen Argumente wird bekämpfen können, die bisher unter den am wenigsten aufgeklärten Arbeitern unseres Landes Gehör gefunden haben.

Der Artikel des Proletarjusz fällt ebenfalls über die Demagogen her, aber auf andere Art, um die Bourgeoisie zu gewinnen. unlängst erst belobte ihn die Prawda, das Zentralorgan der fortschrittlichen Demokratie. Jetzt druckte die ganze Presse der Bourgeoisie den gegen die Streiks gerichteten Artikel des Proletarjusz ab, wobei sie den Redakteur oder den Autor mit Lobsprüchen überschüttete. Sie erheben seine Tugend, seinen Verstand, seinen Mut bis in den Himmel. Ferner belehren sie die Arbeiter darüber, wie ein wahrer Sozialist über die Streiks spricht, wie alle wahrhaft zielbewußten Genossen über sie denken müßten. Die Zeitungen: Kuryer Warszawski, Dzwon Polski, Gazeta Polska, Nowa Gazeta, Slowo geben den Arbeitern zu verstehen, daß jeder, der nicht so denkt, kein wahrer Sozialist sei, sondern nur ein wahnsinniger Umstürzler, der entweder von den Deutschen oder den Juden bestochen sei, ein nationaler Verräter, der das Land verderben und unter seinen Trümmern die Kultur, die Industrie und zugleich mit der Industrie auch die Arbeiterfrage begraben wolle.

Es ist uns unverständlich, aus welchem Grunde der Artikel geschrieben wurde. Ebenso war es uns vor einigen Monaten unverständlich, weshalb Genosse Daszynski in dem Krakauer Naprzód Artikel über dasselbe Thema und in demselben Geiste geschrieben hatte. Aber schämt sich denn der Proletarjusz nicht ein wenig dieser Lobsprüche der Warschauer Presse der Bourgeoisie, dieser Handlangerin der Versöhnungspolitik und des Kapitalismus?

Aus Nr. 108 des Robotnik (Warschau)

vom 2. Juni 1906:

Banditentum und wirtschaftlicher Terror.

Mit dem Augenblick, in welchem der langjährige Kampf des Arbeitervolkes mit dem verhassten Zarats einen scharfen Charakter annahm und sich in die offene Revolution verwandelte, erkannte die P. P. S. den Terror als ein Mittel an, das in diesem Stadium des Kampfes notwendig war. Als sie indessen das Proletariat aufforderte, diese Waffe in dem blutigen Ringen zur Erlangung der politischen Freiheit anzuwenden, sprach sich die Partei gleichzeitig dagegen aus, diese Kampfesart im wirtschaftlichen Kampfe, im Kampfe der Arbeit mit dem Kapital behufs Verbesserung der Existenz anzuwenden.

Das Proletariat Polens und Rußlands durchlebt heute den Zeitabschnitt eines scharfen revolutionären Kampfes. Das Zarats, die absolute Form der Regierung, entspricht nicht den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung und hindert den normalen Verlauf des Lebens in allen seinen Gebieten. Deshalb sind auch Millionen aufgestanden, um diese veraltete, schädliche Form der politischen Fassung zu zertrümmern, zu zerbrechen. Aber dem Zarats stehen die gut organisierte Staatsmaschine und das Heer zur Verfügung, es stützt sich auf die Macht der Bajonette und Knuten. Das Bestehen des Zarats in diesem Augenblick, das ist eine brutale Gewalttat, die mit

*) Die P. P. S. stellt sich in diesem, in dem vorhergehenden Artikel sowie auch sonst in einem Gegensatz zu der E. D. A. P. i. L., d. h. zu der „Sozialdemokratie des Königreich Polens und Litauens“ und zu der sozialistischen Partei „Proletariat.“ Es gibt dann noch eine 4. sozialistische Partei in Rußland und zwar die stärkste, den jüdischen Arbeiterbund. (Red. d. Ges. überbl.)

Hilfe der Übermacht Einrichtungen aufrecht erhält, die den Lebensbedingungen nicht entsprechen. Die Revolutionäre können gegen die Soldaten der Regierung keine regulären Truppen führen, sie müssen ihre Zuflucht zu den verschiedenartigsten Mitteln nehmen, um diese Regierung zu schwächen, zu zerreißen, um das Funktionieren der Staatsmaschine zu schädigen, um durch die Drohung mit der unvermeidlichen Strafe den Eifer ihrer Söldlinge zu paralisieren und um hierdurch die Anstelligkeit und Geschicklichkeit der Organe der Behörden unschädlich zu machen.

Den politischen Terror (das Zerstören von Regierungsinstituten, das Konfiszieren von Regierungsgeldern, das Ermorden von Spitzeln, Polizisten, Gendarmen) wenden die Revolutionäre an, um sich gegen die Gewalttaten der Schirren der Regierung zu schützen. Sie sehen in ihm eins von den Mitteln, die dazu dienen sollen, die bestehenden Staatseinrichtungen zu stürzen.

Sehen wir nun einmal zu, ob unter den gleichen Bedingungen der wirtschaftliche Kampf des Proletariats stattfindet, der Kampf der Arbeit mit dem Kapital und ob derartige Mittel auch in dem wirtschaftlichen Kampfe angewendet werden sollen?

Eine Antwort auf diese Frage kann man einzig nur dann finden, wenn wir die Frage erörtern:

1. Kann der Kapitalismus, mit dem das Proletariat kämpft, sofort gestürzt werden und kann aus seinen Trümmern eine neue soziale Ordnung entstehen?

2. Ist das Übergewicht des Kapitals über die Arbeit eine Gewalttat einer Gruppe einzelner Personen oder ist es das Resultat der sozialen Verhältnisse?

Wenn der Kapitalismus der einzige Damm ist, der die soziale Entwicklung hindert, wenn sofort nach Beseitigung dieses Dammes das normale Leben der Volksgesamtheit beginnen könnte, dann allerdings müßte man dies auch mit den gewalttätigsten Mitteln erstreben.

Die Erschütterung aller Grundlagen des heutigen sozialen Lebens, anstatt des Kampfes der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse die Aufhebung aller Klassen, mit einem Worte, die soziale Revolution, das wäre dann das nächste Ziel des Proletariats. In einem solchen Falle wären dann Gewalttaten Dingen gegenüber berechtigt, die den normalen Lauf des wirtschaftlichen Lebens aufhalten.

Eine solche Anschauung haben die Anarchisten, die schon heute erklären, daß man die kapitalistische Ordnung und ihre Grundlage — das Privateigentum — aufheben müßte.

Ganz anders denken die Sozialisten über diese Frage.

Der Sozialismus lehrt, daß die sozialen Erscheinungen nicht ausschließlich dem Willen der einzelnen Personen unterliegen, sondern ihrer eigenen Natur, mit dem angeborenen Rechte ihrer Natur.

Es ist nicht böser Wille der Bourgeoisie, sondern der natürliche Lauf der Dinge bewirkt es, daß die kleine Industrie, die Produktion des Handwerks die Konkurrenz mit der kapitalistischen Produktion, mit der Großindustrie, nicht aushalten konnte. Dieselbe natürliche wirtschaftliche Entwicklung bewirkt es, daß unter der Bourgeoisie ebenfalls eine Konkurrenz besteht, infolge welcher sich große Kapitale ansammeln, ungeheure Industrieunternehmen entstehen, die den kleineren Unternehmern die Möglichkeit, weiter zu existieren, rauben.

Die Entwicklung des Kapitalismus drängt nicht nur ganze Massen von Handwerkern in die Reihen des Proletariats, sondern auch Hunderte in ihren Unternehmungen weniger glücklicher Kapitalisten, sie beengt immer mehr den kleinen Kreis der Privilegierten.

Aber der Fortschritt des Kapitalismus kann, trotzdem er in seinem Siegeszuge über die Körper der im Kampfe um das Dasein Besiegten dahinschreitet, trotzdem seine Existenz sich auf die Ausbeutung der arbeitenden Klassen stützt, von den Verteidigern des Volkes nicht aufgehalten werden, und er darf es auch nicht. Denn erst dann, wenn der Kapitalismus seine höchste Entwicklungsstufe erreicht haben wird, erst dann wird die Verwirklichung des Sozialismus möglich sein, d. h. die Expropriierung der kleinen Zahl von Besitzenden und die Verteilung der Produktionsmittel und Arbeitsgeräte. Unter den heutigen Verhältnissen ist dies unmöglich, denn wie und auf welche Weise sollte man Millionen von kleineren Besitzenden expropriieren, die von dem Kapital noch nicht zu Proletariern gemacht worden sind.

Deshalb liegt es auch gegenwärtig im Interesse des Sozialismus, die bestehende kapitalistische Ordnung nicht zu erschüttern, sondern im Gegenteil ihre Entwicklung geschickt und schnell zu fördern. Heute ist der Kampf mit dem Kapital nicht das letzte Ringen mit ihm, um es zu erschüttern, sondern er ist eine lange Reihe von Klassenkämpfen, von Angriffen, die den Zweck haben, die Profitgier einzuschränken und die Existenz der Arbeiterklasse aufzubessern. Der Kampf muß sich jedoch in dem Rahmen der bestehenden kapitalistischen Ordnung bewegen und er darf die normale Entwicklung derselben nicht berühren.

Deshalb haben auch alle Schritte, die die Grundlage dieser Ordnung erschüttern wollen, wie z. B. die Expropriierung, die von den Anarchisten verlangt wird, um auf diese Weise schon heute das Privateigentum aufzuheben, keinen Sinn und sie werden dem Proletariat schaden, indem sie Verwirrung in den Kampf bringen, ihn leicht auf die Bahn des gewöhnlichen Banditentums und des Straßenraubes führen können.

(Schluß folgt.)

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 169 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 28. Juli 1906:

Sie haben sich verraten!

In dem Augenblicke, als ein neuer Gewaltakt des Absolutismus in Rußland, der das Volk der ihm eben erst verliehenen konstitutionellen Rechte und Freiheiten beraubte, die Meinung der zivilisierten Welt bis aufs Innerste erschüttert hat, den ganzen ausländischen Kredit Rußlands ins Wanken gebracht und der zaristischen Regierung den Rest des Vertrauens genommen hat, das ihr noch nach den unzähligen Treubrücken der früheren Jahre verblieben ist, in einem solchen Augenblicke werden Gerüchte laut, daß der Herrscher des deutschen Kaiserreichs beabsichtigt, im Bündnis mit den Finanzgrößen seines Reiches dieser Regierung mit einer ansehnlichen und hervorragenden Summe zur Hilfe zu eilen. Auf allen Börsen fallen die russischen Werte im Kurse, sie sind schon so weit heruntergegangen, daß die Käufer der letzten russischen Anleihe in Frankreich, trotz des sie mit Rußland verbindenden Bündnisses, sich weigern, weitere Raten dieser Anleihe zu zahlen — nur aus Berlin kommen Gerüchte, daß sich dort plötzlich die Bereitwilligkeit zeigt, neue Hunderte von Millionen in den Rachen des bürokratischen Molochs zu werfen, der das russische Volk verschlingt!

Ob und inwieweit diese Gerüchte auf Wahrheit beruhen, ist vorläufig schwer festzustellen. Im ersten

Augenblick erscheinen sie unwahrscheinlich; namentlich erscheint es zweifelhaft, daß nur eine deutsche Bankfirma, wenn auch die mächtigste von allen, auf Wunsch Wilhelms II. die Last einer russischen Anleihe von 500 000 000 ausschließlich auf ihre Schultern nehmen sollte. Die Tatsache aber, daß diese Gerüchte gleichzeitig von verschiedenen Seiten laut geworden und in einigen für gewöhnlich gut informierten Organen erschienen sind, gibt ihnen eine gewisse Bedeutung und zwingt, die Sache ernst zu nehmen. Die Politik geht übrigens verschiedene mitunter sehr gewundene Wege, mitunter ergreift sie Mittel und Wege, die in der Beleuchtung einer Vernunftskritik geradezu unmöglich erscheinen müssen. Also die Möglichkeit der Bewahrheitung dieser Gerüchte ist nicht ausgeschlossen.

Aber sogar in dem Falle, wenn sie sich nicht bewahrheiten sollten, bilden sie doch eine vorzügliche Bereicherung des Materials zur Charakteristik der reaktionären freuzritterlichen Politik Deutschlands gegenüber Rußland. Vergewenwärtigen wir uns nur folgendes: Als vor einigen Monaten die zaristische Regierung die Anfänge der Konstitution verkündigte, als sie sich schließlich dafür entschied, eine Vertretung des Volkes einzuberufen und als demgegenüber die Kapitalisten fast aller Länder, die ihrer neuen Anleiheforderungen sympathisch gegenüberstanden, in dem Glauben, daß sie die Anleihe nicht mehr der absolutistischen Regierung geben, sondern dem freien konstitutionellen Rußland, da wurde in Berlin eine Flut von Stimmen laut, welche die Welt vor einer weiteren Stärkung der russischen Finanzen warnte, indem sie auf den Rußland scheinbar drohenden Bankrott hinwies, und die Regierung schloß die Türen der Börse für die neue russische Rente. Heute dagegen, wo die kurze Konstitutionsillusion zu verwehen beginnt, wo das Selbstherrschertum wiederum in seinem ganzen Umfange er steht, wo die eiserne Faust die Keime des zukünftigen Konstitutionalismus vernichtet, wo in Petersburg wiederum der Regierungsterror gebietet, heute bieten die Deutschen selbst dem Zarentum Rußland ihre Hilfe an, heute haben sie wiederum Vertrauen zu ihm.

Wie bezeichnend ist das! Wie klar geht daraus hervor, was in Berlin gewünscht wird! Ein freies Rußland ist für die deutsche Nation wahrscheinlich ein grauenhaftes Gespenst; ein absolutistisches Rußland, ein Rußland in Gefangenschaft und Dummheit dagegen ist eines Verbündeten würdig, für den es sich lohnt, sogar Hunderte von Millionen zu opfern.

Offener konnte die wirkliche Absicht der deutschen Politik wohl nicht verraten werden, als durch die Gerüchte über die Absicht, Rußland — im gegenwärtigen Augenblicke eine neue Anleihe zu geben!

Aus Nr. 325 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 21. Juli 1906:

Aus der hafatistischen Literatur.

Auf dem hafatistischen Markte erschien eine neue antipolnische Broschüre unter dem Titel: „Preußen, Deutschland und die Polen seit dem Untergange des polnischen Reiches. Ein geschichtlicher Rückblick vom Standpunkte moderner Staatsethik.“ Der Verfasser dieser Schmähschrift ist der junge Professor des öffentlichen Rechts an der Handelsakademie in Köln, Dr. Heinrich Geffken, der kleine Sohn des großen Gelehrten, Professors des internationalen Rechts in Straßburg, des vor zehn Jahren verstorbenen Friedrich Geffken, eines erbitterten Feindes Bismarcks und berühmten Herausgebers der Gedenschrift Kaiser Friedrichs III., den

Bismarck wegen Verrats von Amtsgeheimnissen gerichtlich verklagt hatte.

Im Gegensatz zu seinem Vater betrat dessen Sohn, Professor Heinrich Geffken, die Bahn der in Preußen einträglicheren antipolnischen Politik, und beteiligt sich lebhaft an der Agitation des gegen die Polen gerichteten Ostmarkenvereins. Dieser hafatistische Reptilienverein besitzt seine Filiale in Köln („Kölner Ortsgruppe des deutschen Ostmarkenvereins“), und unter deren Agitatoren ist Professor Heinrich Geffken zu finden. Im Januar d. Js. hatten die Hafatisten agitatorische, polenfeindliche Vorlesungen in Köln veranstaltet, welche Professor Geffken gehalten, der jetzt diese Studien sammelt und in einer umfangreichen Broschüre über das Verhältnis der Polen zu den Deutschen und zu dem preußischen Staate veröffentlicht hat.

Es ist dies wahrscheinlich das biffigste, gleichzeitig aber das dümmste Pasquill, zu welchem sich bis jetzt die deutschen Professoren emporgeschwungen haben.

Professor Geffken beweist auf ethischer Grundlage die Notwendigkeit der Unterdrückung der Polen und gibt seinen Landsleuten den Rat, die Polen vollständig auszurotten, denn sie bildeten die größte Gefahr für die Deutschen. Als Motto dient Geffken die folgende Stelle aus der antipolnischen Rede des Reichskanzlers v. Bülow vom 13. Januar 1902: „Ich halte die Frage der Ostmark nicht nur für die wichtigste Sache der deutschen Politik, sondern auch für die Frage, von deren Entwicklung die nächste Zukunft des deutschen Vaterlandes abhängt.“ Nachdem die Frage in der Weise aufgestellt worden, behandelt der Verfasser die polnische Sache in drei Abschnitten.

In dem ersten erörtert er die Ethik eines neuzeitigen Staates und die Ursachen des Unterganges des Polenreiches. Auf Thomas Hobbes und das Naturgesetz sich stützend, kommt der Kölner Professor zu der Schlussfolgerung, daß der Untergang des polnischen Reiches eine staatliche Notwendigkeit Preußens war, und die inneren Gründe erblickt er in dem Mangel an Ethik im Polenreiche und in dem hohen sittlichen Niveau des preußischen Staates.

In dem folgenden Abschnitt fälscht der Verfasser systematisch die Geschichte des preußischen Anteils vom Wiener Kongreß ab bis zur Bedrückung durch Flottwell, und von der Einführung der Verfassung in Preußen (1850) bis zur antipolnischen Politik Bismarcks (1872 bis 1890), der Ara Caprivis (1890—1894) und der Ara des Fürsten Hohenlohe (1894—1900).

Im dritten Abschnitt endlich erörtert Geffken das Bedürfnis der Hebung nicht nur des Nationalgefühls bei den Deutschen gegenüber den Polen, welches ihn etwas heunruhigt, sondern auch der Hebung der Verwaltungsmittel zur Bedrückung der Polen, denn die, welche die preußische Regierung bis jetzt erlassen habe, erscheinen ihm zu mild und nicht zum Ziele führend. Die polnische Frage in Deutschland ist für Geffken keine preußische Frage allein, sondern eine allgemeine deutsche Angelegenheit, und die gänzliche Ausrottung der Polen könne nur von der deutschen Allgemeinheit durchgeführt werden. Und gerade sie bezeichnet Professor Geffken als eine Erledigung der polnischen Frage im deutschen Sinne.

Bei diesem Ergebnis des deutschen Inquisitionsgeistes haben wir uns etwas länger aufgehalten, um zu zeigen, zu welchen ungeheuerlichen pathologischen Verirrungen der Rassenhaß fähig ist, welchem die deutschen Professoren die wissenschaftliche Theorie anpassen. Denn die ganze Geffken'sche Broschüre ist ein widerliches Erzeugnis der Depravation und eine traurige Erscheinung der Verirrung des menschlichen Geistes.

Aus Nr. 168 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 27. Juli 1906:

Die Ausfuhr galizischer Erzeugnisse nach der Provinz Posen.

Es wird uns aus Lemberg folgendes geschrieben:

Bekanntlich antwortet die polnische Bevölkerung in der Provinz Posen auf die preußischen Schikanen mit dem wirtschaftlichen Boykott alles dessen, was deutsch ist. Diesem Umstande haben die tschechischen, französischen und englischen Industriellen immer größere Absatzgebiete für ihre Erzeugnisse in der ganzen Provinz Posen zu verdanken. Zweifellos hat auch, dank diesem Boykott, der von einem Lemberger Industriellen gemachte Versuch, Absatzgebiete bei den polnischen Kaufleuten in der Provinz Posen zu gewinnen, ergiebige und baldige Erfolge gezeitigt. Der wegen seiner Rührigkeit bekannte Eigentümer der hiesigen Papierfabrik, S. W. Niemojowski, prüfte vor kurzen die Verhältnisse an Ort und Stelle, knüpfte mit kaufmännischen Vereinigungen und mehreren polnischen Geschäften in der Provinz Posen Beziehungen an und stellte fest, daß die Hoffnung auf Gewinnung von Absatzgebieten für einige galizische Erzeugnisse in der Provinz Posen recht gute Aussichten auf Erfolg habe.

In dieser Angelegenheit fand in den ersten Tagen des Monats Juli d. Js. im Geschäftszimmer der

„Industrieliga“ eine Konferenz statt, in welcher Niemojowski den galizischen Firmen während seiner Geschäftsreise, zu der er von einer Anzahl von Kaufleuten in der Provinz Posen eingeladen wurde, uneigennützig seine Hilfe erbot. Leider hat sich an der Konferenz nur eine geringe Anzahl hiesiger Kaufleute beteiligt.

In der Zwischenzeit erhielt das Bureau der „Industrieliga“ einen Brief von einer größeren Handelsfirma, von W. Brzeski in Posen, welcher u. a. schreibt:

„Wir haben uns mit allen größeren Kaufleuten in der Provinz in Verbindung gesetzt und haben die beste Aussicht, die deutschen Erzeugnisse vom hiesigen Markte zu verdrängen, insofern die galizischen Fabrikate den Wettbewerb aushalten. Angesichts der hiesigen Bestrebungen, möglichst viele galizische Fabrikate in der Provinz Posen einzuführen, würde es sich empfehlen, die polnischen Fabriken zu veranlassen, daß sie entweder ihre Vertreter mit Mustern nach der Provinz entsendeten oder auch für Vertreter bei uns sorgten. Weber- oder Galanteriefabrikate aus Leder oder Leinwand, Schnitzerei aus Holz, Kinderpielzeuge, Erzeugnisse mit besonders galizischem Charakter können, je nach ihrer Güte, auf einen größeren Absatz in der Provinz rechnen.“

Nähere Informationen in dieser Sache erteilt die Geschäftsstelle der Industrieliga (Lemberg, Slowacki-Straße Nr. 18).